



**ONLINE-PUBLIKATION**

Dieter Klein

# **Gemeinsame Sicherheit – trotz allem!**



**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

DIETER KLEIN, Prof. Dr. rer. oec. habil., Ökonom, war bis Ende 2012 Mitglied des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist Fellow (mit dem Schwerpunkt Transformationstheorie) im Institut für Gesellschaftsanalyse der Stiftung. Bis zu seiner Emeritierung 1997 hatte er den Lehrstuhl Ökonomische Grundlagen der Politik am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität inne. Er gehörte zum Projekt «Moderne Sozialismustheorie», das sich schon vor dem Ende der DDR 1989 für alternative Entwicklungswege einsetzte. Zuletzt erschien von ihm das Buch «Regulation in einer solidarischen Gesellschaft. Wie eine sozial-ökologische Transformation funktionieren könnte» im VSA-Verlag, online unter: [www.rosalux.de/publikation/id/47780](http://www.rosalux.de/publikation/id/47780).

#### IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 7/2023

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Juni 2023

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.  
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

# INHALT

<b>1 Gemeinsame Sicherheit gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts – Fragen im Heute</b>	<b>4</b>
1.1 Die Kluft zu damals	4
1.2 Gemeinsame Sicherheit und Zivilisationsprozess	5
1.3 Gründe für Gemeinsame Sicherheit damals und heute	6
<b>2 Was ist Gemeinsame Sicherheit als Konzept und Politik?</b>	<b>9</b>
2.1 Gemeinsame Sicherheit als Konsequenz aus gemeinsamer Bedrohung	9
2.2 Gegner von heute – Partner von morgen	11
2.3 Gemeinsame Sicherheit als Prozess	12
2.4 Ideologische Unterschiede müssen der Sicherheit untergeordnet werden	13
2.5 Anerkennung der Friedens- und Reformfähigkeit der beteiligten Seiten	14
2.6 Gemeinsame Sicherheit als Politik der Rüstungskontrolle und Abrüstung	17
2.7 Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit als Element Gemeinsamer Sicherheit	19
2.8 Kooperation als Grundelement Gemeinsamer Sicherheit	21
<b>3 Gemeinsame Sicherheit – ein Konzept für die globale Ebene</b>	<b>23</b>
3.1 Szenario I: Unipolarität	23
3.2 Szenario II: Neue Bipolarität	25
3.3 Szenario III: Multipolarität	28
3.4 Szenario IV: Re-Nationalisierung	30
3.5 Szenario V: Weltunordnung	31
<b>4 Gemeinsame Sicherheit – doppelte Transformation – moralische Revolution</b>	<b>33</b>
<b>Literatur</b>	<b>36</b>

# 1 GEMEINSAME SICHERHEIT GEGEN ENDE DES VERGANGENEN JAHRHUNDERTS – FRAGEN IM HEUTE

## 1.1 DIE KLUFT ZU DAMALS

Bis an den Rand eines Weltkrieges hatten die Berlin-Krise 1961 und die Kuba-Krise 1962 geführt. Als die Sowjetunion auf die Stationierung von US-amerikanischen nuklearen Mittelstreckenraketen in Großbritannien, Süditalien und der Türkei mit der Dislozierung atomarer Mittelstreckenraketen auf Kuba antwortete, wurde im Beraterstab Präsident Kennedys, im Executive Committee, in Erwartung eines möglichen sowjetischen Angriffs ein atomarer Schlag gegen Kuba, zumindest eine Seeblockade und ein Luftangriff auf die Insel erwogen. Am 27. Oktober war die Welt nur Stunden von einem Nuklearkrieg entfernt. In letzter Minute konnte ein Kompromiss gefunden werden. Die sowjetischen Raketen wurden abgezogen, die USA gaben ein Nichtangriffsversprechen gegenüber Kuba ab und verpflichteten sich zum Abbau ihrer Jupiter-Raketen in der Türkei. Dieser Schritt der USA wurde geheim gehalten, um ihn für Kennedy zu erleichtern. Die Diplomatie siegte für einen historischen Moment über Waffen und öffentliches Medienspektakel.

Aber in der Folgezeit wechselten Entspannungsschritte (Atomteststopp-Abkommen 1963, Eröffnung der SALT-Gespräche 1969, Beginn des KSZE-Prozesses) und Verstärkung des Kalten Krieges (Krieg der USA gegen Vietnam 1965–1973, sowjetischer Einmarsch in Afghanistan 1979, qualitative Entwicklung der Kernwaffen, NATO-Beschluss über Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa 1979). Mit seiner Star-Wars-Rede am 23. März 1983 startete US-Präsident Reagan offiziell die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI, Strategic Defense Initiative). SDI war in der Kombination mit weltraumgestützten Offensivwaffen als Abwehrschirm gegen sowjetische Interkontinentalraketen vorgesehen. Aber die Verwirklichung des SDI-Programms hätte mit der Beseitigung einer wechselseitig gesicherten Zweitschlagsfähigkeit das seit Jahrzehnten existierende Gleichgewicht des Schreckens aufgehoben. Die Sowjetunion wäre versucht gewesen, durch einen eigenen atomaren Erstschlag der Einsatzfähigkeit von SDI zuvorzukommen. Worauf es hier ankommt: Jahrzehnte hindurch war im Kalten Krieg die Gefahr eines Nuklearkrieges gewachsen. Reagan hatte in seiner ersten Amtsperiode den «Krieg gegen das Reich des Bösen» ausgerufen. Die Verschärfung des Ost-West-Konflikts erreichte immer neue Höhepunkte. Aber mitten in dieser dramatischen Gefahrenlage fanden verantwortungsvolle Politiker\*innen und Wissenschaftler\*innen die Kraft, gegen die vorherrschenden bellizistischen Anschauungen und Praxen ein «Neues Denken» hervorzubrin-

gen und ihm Einfluss in der Politik zu verleihen. Als mit der Infragestellung des Gleichgewichts des Schreckens sogar die Angst vor dem Krieg zu versagen drohte, schrieben Egon Bahr und Dieter S. Lutz: «Man kann Angst haben, ob die Angst weiterreicht. [...] Gemeinsame Sicherheit versteht sich als politisches Denken des atomaren Zeitalters in der Einsteinschen Dimension.» (Bahr/Lutz 1986: 15) Mit dem Konzept der Gemeinsamen Sicherheit trat die einzig mögliche Alternative zum Denken in Kategorien der Hochrüstung, Kriegsdrohung und Kriegsführung in die Welt. Bahr schrieb: «Es ist ein politischer, fast philosophischer Vorgang, eine Veränderung des Denkens, die in den Abkommen von Wladiwostok zwischen Nixon und Breschnew schon einmal den historisch richtigen Ansatzpunkt gefunden hatte. Rücksicht, Mäßigung und Kooperation waren und bleiben dafür Stichworte.» (Ebd.: 23) Was für eine Kluft zwischen solcher kritischen Vernunft und der gegenwärtigen Unsicherheitspolitik nach dem Muster «Sieg auf dem Schlachtfeld und keine Widerworte!» Denn genau dies ist das militärische Credo auf beiden Seiten des Krieges in der Ukraine.

In einem lesenswerten Band mit dem programmatischen Titel «Perspektiven nach dem Ukrainekrieg» haben prominente Autor\*innen eine «strategische Ratlosigkeit» (Weidenfeld 2022: 99) in der Bundesrepublik konstatiert. «Keine strategische Kultur» zu haben, beklagt Ex-Brigadegeneral Erich Vad (2022: 73). Henry Kissinger, früherer Außenminister der USA, Präsidentenberater und Stratege des Kalten Krieges, mahnte in einem Interview für das *Wall Street Journal* vom 15. August 2022: «Wir stehen am Rande eines Krieges mit Russland und China in Fragen, die wir zum Teil selbst verursacht haben; ohne eine Vorstellung davon, wie das Ganze enden wird und wohin es führen soll.»

Den Krieg bis zum Sieg des Westens in der Ukraine um den Preis des Lebens von Hunderttausenden Menschen zu eskalieren, verantwortungslos auf atomare Abschreckung als Schranke gegen eine unkontrollierte Ausweitung des Krieges zu hoffen – das darf nicht ernsthaft als taugliche Strategie gelten. Von der aggressiven Strategie Moskaus ganz zu schweigen. In dieser Lage bietet sich den für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen engagierten Kräften an, sich auf die in den 1980er-Jahren entwickelte politische Konzeption Gemeinsamer Sicherheit zu besinnen. *Gemeinsame Sicherheit war im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts nicht allein eine orientierende Losung, sie war eine Doktrin mit ausgearbeiteten Strukturelementen und praktischer Wirkung. Sie hat die Potenz einer Jahrhundertstrategie.*

Im herrschenden gegenwärtigen Diskurs lauten dagegen die Stichworte: mehr Feindbilder, mehr Rüstung, mehr Waffenlieferungen, mehr diplomatische Abstinenz, mehr Verdächtigung aller, die zur Mäßigung aufrufen. Von einem Sicherheitskonzept, in dem der damalige Stand der Arbeit an Gemeinsamer Sicherheit den veränderten Bedingungen gemäß aufgehoben wäre, kann keine Rede sein. Kritische Intellektuelle sind zurzeit fern von einer Verständigung über ein solches Projekt. Mobilisierende Gewerkschaften und soziale Bewegungen – bei allem Respekt für die Friedensbewegung – sind weit zurück im Vergleich zu jener eine Million Amerikaner\*innen, die am 12. Juni 1982 unter der Losung «No Nukes Rally» auf die Straße gingen, zu den rund 400.000 Demonstrant\*innen im Bonner Hofgarten und den 50.000 Protestierenden in Berlin zur gleichen Zeit gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in West- und Ostdeutschland.

Hier wird die Auffassung vertreten, dass Gemeinsame Sicherheit noch immer die einzige Alternative zu imperialen Machtkämpfen, zum Rüstungswettlauf und auch zum Krieg in der Ukraine ist. Deshalb wird dieses Konzept, das aus der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion weitgehend verdrängt worden ist, in Erinnerung gerufen. Ihm erneut Geltung in der Politik zu verschaffen, ist eine erstrangige politische, geistige und kulturelle Herausforderung für alle humanistischen Kräfte.

## 1.2 GEMEINSAME SICHERHEIT UND ZIVILISATIONSPROZESS

In den gegenwärtigen Diskursen erscheint Gemeinsame Sicherheit bestenfalls als eine kurze Episode innerhalb permanenter gemeinsamer Unsicherheit. Allerdings werden Gegenstimmen vernehmbarer. Michael Müller, Peter Brandt und Reiner Braun haben ihrem Buch über den Ukrainekrieg und die Klimakrise den Titel «Selbstvernichtung oder Gemeinsame Sicherheit» gegeben (Müller/Brandt/Braun 2022). Albrecht von Müller knüpft in seinem Beitrag «Strukturelle Stabilität für Europa» ausdrücklich an dem «alten neuen Denkansatz» struktureller Nichtangriffsfähigkeit an, einer der Leitideen im Konzept Gemeinsamer Sicherheit (Müller 2022: 83–98). Erhard Crome schrieb ein Buch über «Die ungeliebte Alternative. Rückbesinnung auf friedliche Koexistenz für eine zeitgemäße internationale Politik» (Crome 2021). Der von Peter Brandt, Reiner Braun, Reiner Hoffmann und Michael Müller initiierte Aufruf «Frieden schaffen!», der ausdrücklich an der Idee der Gemeinsamen Sicherheit anknüpft, wurde von führenden Gewerkschaftsfunktionär\*innen, von bekannten Wissenschaftler\*innen, früheren Minister\*innen und Hunderten weiteren Persönlichkeiten unterzeichnet (Brandt u. a.

2023). Doch im herrschenden Diskurs wird Gemeinsame Sicherheit seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine bestenfalls als eine Illusion hoffnungslos weltferner Pazifist\*innen dargestellt.

Eine historisch fundierte Einordnung dieses Konzepts und entsprechender Politik wurde in den Diskussionen der 1980er-Jahre über Gemeinsame Sicherheit formuliert. Damals wurde ein Bezug dieses Konzepts zur Verteidigung menschlicher Zivilisation gegen ihren Niedergang hergestellt. Hanne-Margret Birkenbach beispielsweise schrieb in dem von Egon Bahr und Dieter S. Lutz herausgegebenen Band «Gemeinsame Sicherheit. Dimension und Disziplinen»:

«Etwa zur gleichen Zeit wie Sigmund Freud entwickelte Norbert Elias seine Theorie über den Wandel der Affekte und die Möglichkeiten einer humanistischen Affektransformation [...]. Weil derjenige in seiner Existenz bedroht wäre, der spontanen Affekten nachgibt, und derjenige im Vorteil, der seine Affekte zu dämpfen vermag, wird jeder Einzelne von klein auf dazu gedrängt, die Wirkungen seiner Handlungen oder die Wirkung der Handlungen von anderen über eine ganze Reihe von Kettengliedern hinweg zu bedenken. Die Heranwachsenden [...] bilden eine Kompetenz heraus, dass der Gebrauch physischer Gewalt unterbleiben kann.» (Birkenbach 1987: 250)

Die zivilisationstheoretischen Arbeiten von Norbert Elias und die tiefenpsychologischen Ansätze Sigmund Freuds können so verstanden werden, dass die Chancen für eine Politik Gemeinsamer Sicherheit mit dem progressiven Wandel sozialer Verhältnisse wachsen – nicht zuletzt in Wechselwirkung mit der Disposition der Individuen zu friedfertigem Verhalten. Der starke Einfluss bellizistischer Kräfte auf das öffentliche Bewusstsein verweist aber auch auf Gegen dispositionen. Also darauf, dass Gemeinsame Sicherheit geistige und moralische Kämpfe um die mentale Verfasstheit der Individuen und um die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die das Handeln der Einzelnen beeinflussen, einschließt. Zu diesem Prozess gehört, dass politische Entscheidungen zunehmend an der Menschlichkeit ihres Gehalts orientiert werden: Dient eine Entscheidung dem Erhalt des Lebens, der Persönlichkeitsentfaltung der Menschen, ihrer Menschenwürde? Oder geht ein solches Maß in Gewaltexzessen bis zu Kriegen und in der Zerstörung der Umwelt unter?

*Der Krieg in der Ukraine ist zusammen mit der Klimakrise ein Signal dafür, dass sich die Menschheit erneut in einer Entscheidungssituation befindet: Aufstieg oder Niedergang der Zivilisation.*

Das Plädoyer zur Wiedergewinnung des Rahmens Gemeinsamer Sicherheit für die Sicherheitspolitik heute steht in totalem Widerspruch zur herrschenden Diktion im öffentlichen Diskurs: dass Putin nur durch kompromisslose Härte und Waffengewalt in die Knie

gezwungen werden kann, nur durch militärischen Sieg, nur auf einem Weg, den Millionen Menschen durch Tod, Verletzungen und Verlust elementarer Lebensbedingungen als unmenschlich erfahren. Die hier vertretene Besinnung auf Gemeinsame Sicherheit bedarf angesichts solcher Polarisierung von Standpunkten sorgfältiger Neubegründung unter Beachtung der gegenwärtigen Bedingungen für Friedens- und Sicherheitspolitik.

*Hier erfolgt deshalb eine Rekonstruktion des Diskurses zu Gemeinsamer Sicherheit im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts, verbunden mit der Fragestellung, ob dieses Konzept auch unter den seitdem weitgehend veränderten Konditionen Gültigkeit behalten kann.*

Als Egon Bahr, sein Stellvertreter am Hamburger Institut für Friedens- und Konfliktforschung Dieter S. Lutz und andere Hamburger Friedensforscher\*innen gestützt auf vergangene Überlegungen vor allem in der SPD in den 1980er-Jahren eine von der Palme-Kommission aufgegriffene Strategie der Gemeinsamen Sicherheit entwickelten, geschah dies im Angesicht akuter Atomkriegsgefahr. Die beiden atomaren Supermächte hatten die Fähigkeit zu wechselseitiger Vernichtung entwickelt.

Abwendung dieser gemeinsamen Gefahr für die ganze Menschheit sahen Bahr und die mit ihm verbundenen Friedensforscher\*innen in einer Situation äußerster Zuspitzung der Blockkonfrontation darin, den potenziellen Gegner als Partner anzuerkennen. Aber ist das nach dem Aggressionskrieg Putins noch denkbar? Gilt denn noch: «Sicherheit ist nicht mehr gegen-, sondern nur noch miteinander zu haben», wie Lutz schrieb (Lutz 1986: 32). Kann noch gelten: «In der Logik Gemeinsamer Sicherheit liegt die Betonung des «Miteinander»», wenn ukrainische Städte erbarmungslos zerschossen werden? Ist es realistisch, eine Politik Gemeinsamer Sicherheit sowohl von der NATO als auch von Russland zu fordern – angesichts der rücksichtslosen, wortbrüchigen und unberechenbaren russischen Aggression und im Wissen um vorangegangene imperiale Kriege der USA und ihrer Verbündeten und um die Kündigung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträgen? Beide Seiten wollen Sieg gegeneinander, zu erzwingen mit Waffen. Außenministerin Annalena Baerbock erklärte in der Talkshow von Markus Lenz am 1. Juni 2022: «Die Ukraine muss den Krieg gewinnen.»

Kurz, mit der wortbrüchigen russischen Führung könne es keine Politik Gemeinsamer Sicherheit geben. Solche Überlegung ist nicht neu. Schon Ronald Reagan hatte die damalige Sowjetunion als «Reich des Bösen» ausgemacht, gegen das es nur eine Chance gebe: überlegene Waffen und atomare Abschreckung. Schon damals wurde diese Haltung von kritischen Friedensforscher\*innen beschrieben und hinterfragt: «Wie soll – salopp formuliert – das

selbst ernannte «Reich des Lichts» mit dem «Satan» eine Politik Gemeinsamer Sicherheit treiben? Mit Lutzifer paktiert man nicht; man sorgt für seinen «Höllenssturz».» (Müller 1986: 167) Verwiesen wurde darauf, dass trotz dieser im Kalten Krieg vorherrschenden Anschauung auf westlicher Seite und trotz der sowjetischen Annahme grundsätzlicher Aggressivität des Imperialismus Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen im Vertrauen auf die Rationalität der anderen Seite geführt wurden und wichtige Ergebnisse hervorbrachten. Sogar Ronald Reagan ließ sich in seiner zweiten Amtszeit als US-Präsident auf Abrüstungsverhandlungen mit der Führung der Sowjetunion ein.

Heute jedoch sind Rüstungskontrolle oder gar Abrüstung in weite Ferne gerückt. Heute wird Sicherheit von mehr Rüstung und mehr Abschreckung erwartet. Die Irrationalität Putins schließe alles andere aus. Jedoch – Egon Bahr hatte argumentiert, dass selbst die atomare Abschreckung auf der Annahme beruht, der Gegner werde in letzter Instanz rational handeln. «Abschreckung besagt nämlich: der Gegner, so böse er auch immer sein mag, ist vernünftig. Er lässt sich abschrecken.» (Bahr/Lutz 1986: 18)

*Selbst noch in der Abschreckungsstrategie steckt, der Gegenseite Rationalität zuzubilligen. Sonst hätte sie keinen Sinn.*

Wenn dies aber zutrifft, folgt daraus, dass solche rationalen Elemente der Abschreckung zur Rationalität Gemeinsamer Sicherheit Berührung haben. Gemeinsame Sicherheit wird also zu einer Option gegenwärtiger Politik, obwohl es bis zu ihrer Durchsetzung ein weiter Weg sein wird. Die in ihr vorausgesetzte Rationalität des Gegners wird auch in der Abschreckungsdoktrin angenommen, ist also nicht allein der Idee Gemeinsamer Sicherheit zuzuschreiben. Die Unsicherheit über das Maß an Rationalität aufseiten des Gegners ist eine Schwachstelle beider Doktrinen, sowohl der Gemeinsamen Sicherheit als auch der Abschreckung. Sie liefert keinen logischen Grund für die Ablehnung gerade von Gemeinsamer Sicherheit mit der Begründung, nur sie sei eine Illusion.

### **1.3 GRÜNDE FÜR GEMEINSAME SICHERHEIT DAMALS UND HEUTE**

**Zunächst:** Der Urgrund für die Entstehung des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit war die Drohung eines atomaren Krieges. Nicht auszuschließen war die Möglichkeit, dass konventionelle Kriege in einen Nuklearkrieg einmünden könnten.

*Die gemeinsame Bedrohung war entscheidend für die Idee und die Politik Gemeinsamer Sicherheit. Der Grundbefund, der auch heute für die Rückbesinnung auf Sicherheit mit dem Gegner statt gegen ihn spricht, lautet, dass die Gemeinsamkeit der Bedrohung nach*

*wie vor und seit der Implosion des Staatssozialismus mehr denn je existiert.*

**Damals, in den 1980er-Jahren,** schrieb Egon Bahr über eine zweite, auch heute überzeugende, mit der nuklearen Gefahr zusammenhängende Begründung für Gemeinsame Sicherheit: «Niemand kann mehr wie bisher in der Geschichte auf den Sieg hoffen, das heißt, man kann nicht mehr vor dem Gegner, sondern nur noch mit dem Gegner Sicherheit erreichen.» (Bahr/Lutz 1986: 18) Diese Einschätzung trifft auch für die Gegenwart zu. Daniela Dahn gab einem ihrer jüngsten Bücher daher den Titel: «Im Krieg verlieren auch die Sieger» (Dahn 2022). Seit dem Vietnamkrieg haben die USA in keinem der von ihnen geführten Kriege dauerhaft gesiegt. Für die Sowjetunion wurde der Krieg in Afghanistan zu einem Menetekel ihres Niedergangs. Wer auch immer im Ukrainekrieg sich schließlich selbst den Sieg zuschreiben wird – schon heute steht fest, dass beide Seiten Verlierer sein werden. Schon allein, wenn die verheerenden Wirkungen des Krieges auf die Umwelt in Rechnung gesetzt werden.

Russland hat Sanktionen des Westens provoziert, die seine überfällige wirtschaftlich-technische Modernisierung zunehmend erschweren, dadurch über unmittelbare Wirkungen hinaus das Land destabilisieren und die russische Bevölkerung sozial für lange Zeit schwer belasten werden. Russlands geostrategisches Gewicht wurde durch das – wenn auch widersprüchliche – Zusammenrücken der EU- und der NATO-Staaten, durch deren Erweiterung und durch eine internationale – wenn auch begrenzte – Isolierung Russlands erheblich geschwächt. Russland ist weit abhängiger von Technologieimporten als der Westen von Energie- und anderen Rohstofflieferungen und bekommt dies gegenwärtig zu spüren. Nach dem Befund des Ifo-Instituts München ist «Russland einseitig von der EU als Zulieferer und als Abnehmer abhängig [...], während Russland für die EU eine untergeordnete Rolle als Handelspartner spielt» (Gröschl/Teti 2021: 43). Der Krieg hat innenpolitisch autoritäre Herrschaftsformen verstärkt, die das kreative Potenzial des Landes beschneiden.

In der Ukraine sind große Teile der Wirtschaft und der Infrastruktur zerstört. Viele der Millionen Flüchtlinge werden wahrscheinlich im Ausland bleiben. Die ohnehin schwachen rechtsstaatlichen Ansätze, die Sozialgesetzgebung und das Arbeitsrecht wurden im Krieg stark geschwächt, rechte und nationalistische Kräfte dagegen gestärkt.

Die USA festigen im Krieg ihre Vormachtstellung in der westlichen Welt. Aber der Krieg verstärkt in großen Regionen der Erde mit der Mehrheit der Weltbevölkerung die Besinnung auf eigene Interessen an einer friedlichen multipolaren Weltordnung ohne amerikanische Hegemonie.

Je länger der Krieg dauert, desto größer sind die Verluste aller Beteiligten. Desto deutlicher wird, dass nur

gemeinsame Friedenssuche einen Ausweg eröffnet. Wer nicht nachhaltig siegen kann, muss sich irgendwann auf die Suche nach Interessenkompromissen einlassen.

**Ein dritter Grund** für Gemeinsame Sicherheit war gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts bereits gravierend und ist es heute noch mehr: dass außer einem möglichen nuklearen Inferno andere globale Gefahren die Menschheit bedrohen, deren Charakter kategorisch grenzüberschreitende Kooperation erfordert. Gemeinsame Lösungen der globalen Probleme der Menschheit sind unumgebar für ihr Überleben. In seiner Begründung einer Politik Gemeinsamer Sicherheit mit Verweis auf die Atomkriegsgefahr hob Egon Bahr hervor, dass «daneben eine Umweltbombe tickt» (Bahr/Lutz 1986: 16). Die Klimakrise bedroht alle Völker der Welt, gleich unter welchen Verhältnissen sie leben. Kriege und Rüstung, Umweltkrisen, Armut und Hunger, Autoritarismus und Patriarchat, Pandemie und Terrorismus verstärken sich wechselseitig und werden nur durch gemeinsame kooperative Antworten zurückzudrängen sein. Deshalb war bereits in den 1980er-Jahren und ist erst recht heute eine Umfassende Gemeinsame Sicherheit das Gebot. Michael Müller, Peter Brandt und Reiner Braun verweisen daher wohlbegründet auf den engen Zusammenhang des Berichts der Palme-Kommission «Gemeinsame Sicherheit» von 1982 mit dem Nord-Süd-Bericht unter der Leitung Willy Brandts aus dem Jahre 1980 und mit dem Bericht zu Umwelt und Entwicklung «Unsere Gemeinsame Zukunft» von 1987 in der Verantwortung von Gro Harlem Brundtland.

Das Konzept Gemeinsamer Sicherheit ist mit dem Ukrainekrieg nicht vom Tisch gefegt, so sehr dies auch in der Öffentlichkeit suggeriert wird. In den vergangenen Jahrzehnten auf Kooperation mit Russland und China gesetzt zu haben gilt als Fehler, für den sich die Verantwortlichen zu entschuldigen hätten. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat dies eifertig bereits getan. *Die Zeit* kommentierte: «In Zeiten des Umbruchs scheint es als Zeichen von Aufrichtigkeit verstanden zu werden, wenn man seine Meinung ändert.» (Die Zeit, 15.9.2022) Erst recht sollen gesellschaftskritische Kräfte, die als «Putin-Versteher» attackiert werden, allen Anwendungen von Kooperation, noch existierenden Formen des Gesprächs und der Verständigung zwischen West und Ost abschwören. Mahner vor der Gefahr, dass die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine zur Eskalation des Krieges und in einen Atomkrieg führen könnte, die auf Verhandlungen und Diplomatie drängen, werden in den sogenannten sozialen Medien als «Lumpenpazifisten» beschimpft und bedroht. Feindbilder erobern die Medien und bestimmen die politisch geistige Atmosphäre. Krieg in den Köpfen begleitet den Krieg auf den Schlachtfeldern. Erich Fried hatte dagegen zu bedenken gegeben:

## Weltfremd

Wer denkt  
dass die Feindesliebe  
unpraktisch ist  
der bedenkt nicht  
die praktischen Folgen  
der Folgen  
des Friedenshasses.  
(Fried 2000: 100)

Aus allen diesen Erwägungen wird hier das in den 1970er- und 1980er-Jahren entwickelte Konzept Gemeinsamer Sicherheit in Erinnerung gerufen, das aus der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion weitgehend verdrängt worden ist – und doch wieder zurückkehrt. Damals hat die Friedensforschung Beachtliches für dieses Konzept geleistet, viele Intellektuelle haben es aufgegriffen. Es hatte begonnen, die Politik der Machteliten zu beeinflussen. Henry Kissinger schrieb 1982 in seinen Memoiren:

«Nach dem Zweiten Weltkrieg sind wir in das Nuklearzeitalter eingetreten, und jetzt riskiert ein Staatsmann nicht mehr nur seine Armeen, sondern seine ganze Gesellschaft und sogar die Existenz der Menschheit. Unser Gegner wurde damit in gewissem Sinne ein Partner in den Bemühungen um Abwendung eines Krieges mit Kernwaffen – dieser Aspekt wurde zum unverzichtbaren moralischen, politischen und strategischen Gebot.» (Kissinger 1982: 1144)

Egon Bahr verwies darauf, dass Präsident Reagan sich in den 1980er-Jahren gedrängt sah zu fragen, ob die «Mutual Assured Destruction» durch eine «Mutual Assured Security» ersetzt werden könnte. «Diese Formulierung Reagans hat sein Außenminister Schultz im Herbst 1985 so ausgedrückt: Ziel sei gleiche Sicherheit für beide Seiten.» (Bahr/Lutz 1986: 19)

Helmut Schmidt plädierte als Bundeskanzler für eine Sicherheitspartnerschaft von Ost und West. In seiner Rede vor der ersten UN-Sondergeneralversammlung für Abrüstung vom 25. Mai 1978 erklärte er: «Was wir brauchen ist Partnerschaft. Sie muss aus der Erkenntnis entspringen, dass keiner alleine seine Sicherheit und seinen Frieden sichern kann.» (Schmidt 1978: 7)

Zwischen der Bundesrepublik und der DDR bildete das Konzept Gemeinsamer Sicherheit die Grundlage für die Verhandlungen über eine von Kernwaffen und Chemiewaffen freie Zone in Mitteleuropa.

Die vom 27. Parteitag der KPdSU beschlossene Friedens- und Sicherheitspolitik entsprach weitgehend den Prinzipien Gemeinsamer Sicherheit. Sie war von einem «Neuen Denken» bestimmt. Michael Gorbatschow schrieb über diese Denkweise: «Das A und O des neuen Denkens» ist die Anschauung, «dass die allgemeinemenschlichen Werte, genauer gesagt das Überleben der Menschheit, über alles gehen.»

(Gorbatschow 1988: 186) Nicht sozialistische Ideen über Klassenkampf und Verlauf der Geschichte, nicht «westliche Werte», sondern die Bewahrung der Menschheit vor dem Untergang der Zivilisation in einem Nuklearkrieg oder durch die Zerstörung der Naturgrundlagen ihrer Existenz sollten die Politik bestimmen. Über die Positionen der sowjetischen Seite schrieb Egon Bahr, dass er bei seinen Besuchen in Moskau beeindruckt und erstaunt darüber gewesen sei, wie weit die Auffassungen dort mit dem Konzept Gemeinsamer Sicherheit übereinstimmen.

In der DDR bekräftigte ihr Staatsratsvorsitzender Erich Honecker im Rahmen eines Treffens mit Willy Brandt im September 1985:

«Sicherheit ist im Zeitalter der Nuklearrüstung unteilbar. Ost und West sind heute in einer Sicherheitspartnerschaft miteinander verbunden, ob sie dies wollen oder nicht. Sicherheit lässt sich nur gemeinsam, nicht gegeneinander erreichen. Wir haben nur die Wahl, gemeinsam zu überleben oder gemeinsam unterzugehen, ob wir uns nun gefallen oder nicht.» (Honecker [1978] 1985: 298)

Es blieb nicht bei Deklarationen und Bekenntnissen. Das «Neue Denken» und Überlegungen in seinem Vorfeld brachten Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstungsschritte hervor. Dazu zählen:

- der Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Atomtestabkommen) 1963,
- Vertrag zwischen den USA und der UdSSR zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (ABM-Vertrag) 1972,
- die Biowaffenkonvention 1975,
- die SALT-I-Verträge über das Einfrieren der Anzahl von landgestützten Interkontinentalraketen und von seegestützten ballistischen Raketen 1972,
- die SALT-II-Verträge zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten über eine Obergrenze für die Anzahl der nuklearen strategischen Trägersysteme und die Anzahl der Mehrfachsprengköpfe pro Rakete 1979,
- der INF-Vertrag über die Vernichtung und das Verbot der Produktion von nuklearen Mittelstreckenraketen 1987,
- der START-I-Vertrag über substantielle nuklearstrategische Abrüstungsmaßnahmen 1991,
- der START-II-Vertrag zur Deaktivierung aller landgestützten Interkontinentalraketen mit lenkbaren Mehrfachsprengköpfen 1993,
- der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa zwischen den Regierungschefs der NATO und des Warschauer Vertrages 1990 und die
- Chemiewaffenkonvention über das Verbot chemischer Waffen 1993.



Nun aber soll der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine alles Denken im Geist Gemeinsamer Sicherheit und alle praktischen Erfahrungen ausgelöscht haben. So wird uns suggeriert. Umso dringlicher ist

es, in das öffentliche Bewusstsein zurückzuholen, was gemeinsame Sicherheit bedeutet, was ihre Inhalte sind und was die politischen Konsequenzen aus ihren Grundannahmen sein sollten.

## 2 WAS IST GEMEINSAME SICHERHEIT ALS KONZEPT UND POLITIK?

1. Gemeinsame Sicherheit ist vor allem als Konsequenz aus der gemeinsamen Bedrohung durch die Möglichkeit eines Atomkrieges und als notwendige Antwort auf andere globale Gefahren zu verstehen.
2. Gegner von heute müssen sich als Partner von morgen verstehen, weil die Gefahren in der Welt gemeinsames Handeln erfordern.
3. Gemeinsame Sicherheit ist als Prozess zu begreifen.
4. Ideologische Unterschiede müssen der Sicherheit untergeordnet werden, dürfen also nicht im Namen eines Wertekrieges zur Feindschaft zwischen Staaten mit unterschiedlicher Verfasstheit der Gesellschaften und zu Versuchen eines Regimewechsels von außen führen.
5. Gemeinsame Sicherheit schließt ein, wechselseitig die Reform- und Friedensfähigkeit aller beteiligten Seiten anzunehmen.
6. Gemeinsame Sicherheit wird vor allem in Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozessen Realität.
7. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit ist ein wesentliches Moment der Rüstungsbegrenzung und Gemeinsamen Sicherheit.
8. Gemeinsame Sicherheit nimmt in internationaler Kooperation Gestalt an. Vergesellschaftungsprozesse und Komplexität der globalen Menschheitsprobleme sind anders nicht zu bewältigen.
9. Gemeinsame Sicherheit erfordert eine neue friedensorientierte politische Kultur, eine moralische Revolution.

### 2.1 GEMEINSAME SICHERHEIT ALS KONSEQUENZ AUS GEMEINSAMER BEDROHUNG

Gemeinsame Sicherheit war – wie bereits dargestellt – zunächst in erster Linie die Antwort auf die gemeinsame Bedrohung aller Völker und Staaten durch die Möglichkeit eines Atomkrieges. Bahr definierte: «Gemeinsame Sicherheit mit dem Anspruch, die politische Doktrin des atomaren Zeitalters zu sein» (Bahr 1986: 24). Heute ist dies mehr denn je gültig, mehr denn je seit dem Ende des Kalten Krieges. Neu ist in

unserer Zeit, dass die Bedrohung der menschlichen Existenz weit komplexer und akuter geworden ist als zur Zeit der Entstehung der Idee Gemeinsamer Sicherheit. Gemeinsame Sicherheit ist das Konzept für die kollektive Abwehr der heraufziehenden Klimakatastrophe, die Antwort auf das Artensterben, auf die Wasserkrise und alle anderen Dimensionen der Umweltkrise, auf die wachsende Kluft zwischen Reich und Arm in der Welt, auf Pandemien, auf die Erosion der Demokratie im Gefolge autoritärer Regime und des Rechtsextremismus. Alle diese miteinander verflochtenen Krisen sind nur gemeinsam zu überwinden.

*Gemeinsame Sicherheit heute muss den Anspruch einlösen, die politische Doktrin in einem Zeitalter der Bedrohung menschlicher Existenz durch die Verflechtung von globalen Großproblemen zu sein. Diese Bedrohung ist umfassend. Gemeinsame Sicherheit muss daher Umfassende Sicherheit sein.*

Rüstung und Kriege sind starke Treiber des Klimawandels. Krieg feuert den Klimawandel an, indem er Unmengen an Treibhausgasen freisetzt, Boden und Luft kontaminiert, massenhaft Produktionsanlagen, Wohnsubstanz, materielle Infrastrukturen sowie militärische Kapazitäten zerstört und damit neuen Ressourcen- und Energieaufwand im Ausgleich der vernichteten Potenziale nach sich zieht. Allein für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Ukraine hat ihre Präsidentschaft im Juli 2022 der ersten internationalen Wiederaufbaukonferenz in Lugano ein Dokument vorgelegt, dem zufolge für den Wiederaufbau bis zu 750 Milliarden US-Dollar veranschlagt werden (Härtel 2023). Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger und früher Chefökonom der Weltbank, und Linda Bilmes haben die Kriegs- und Kriegsfolgenlasten des Irakkrieges allein für die USA, nicht für den mit Krieg überzogenen Irak selbst, auf rund fünf Billionen US-Dollar beziffert (Stiglitz/Bilmes 2008).

Im Jahr 2021 wurden global erstmals mehr als zwei Billionen US-Dollar für militärische Zwecke aufgewendet und nachhaltiger Entwicklung entzogen. 2022 waren die weltweiten Militärausgaben nach Angaben des Stockholmer SIPRI-Instituts um 3,7 Prozent auf 2,24 Billionen US-Dollar angestiegen. Mehr noch, die Militärmaschinen rund um die Erde und ins-

besondere die der großen Militärmächte tragen selbst erheblich zur Zerstörung der Umwelt bei (Belcher u. a. 2020; Parkinson/Cottrell 2021; Wagner 2022: 199). Eine besonders perfide Gestalt der Naturzerstörung durch Krieg war der Einsatz von hochgiftigem Tetrachlordibenzodioxin (TCDD) unter dem Namen Agent Orange zur Entlaubung der Wälder in Südvietnam. Hunderttausende Vietnames\*innen erkrankten oder starben an Krebs, auch fast 200.000 US-Soldaten waren betroffen. Natur und Menschen werden noch Jahrzehnte an den Spätfolgen leiden. Das Gift wird über 100 Jahre in den Sedimenten eingelagert bleiben und während des Monsuns in Nahrungsmittelkreisläufe eindringen (Hanusch/Leggewie/Meyer 2021: 70f.). Doch auch der «normale» Krieg hinterlässt in der Natur starke Langzeitschäden.

Panzer, Kampfflugzeuge und anderes Kriegsgerät verbrauchen für ihren Betrieb riesige Mengen Treibstoff mit entsprechend hohem Ausstoß von Treibhausgasen. Neta Crawford wies, wie Jürgen Wagner zitiert, darauf hin, dass die bei der Produktion von Waffen entstehenden Treibhausgase um das Fünf- bis Sechsfache über dem durch ihren Einsatz bedingten Ausstoß liegen (Crawford 2019). Nach Crawfords Berechnungen fallen 15 Prozent der in den USA verursachten Treibhausgase in der Rüstungsproduktion an.

Nach Angaben der deutschen Bundesregierung liegen die von der Bundeswehr verursachten Emissionen bei 1,71 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent (Wagner 2022: 199). Wagner verweist aber darauf, dass darin die bei der Produktion von Rüstungsgütern anfallenden Treibhausgase und die bei Auslandseinsätzen entstehenden Emissionen nicht enthalten sind.

In vielen Ländern der Erde nehmen sogenannte neue Kriege kein Ende. Das sind überwiegend innerstaatliche und innerregionale Kriege, hinter denen allerdings oft auch Interessen ausländischer, meist großer Mächte stecken. Merkmale solcher Kriege sind Entstaatlichung und die Privatisierung kriegerischer Gewalt. Kriegakteure sind nicht mehr allein staatliche Militärformationen, sondern Warlords, paramilitärische Einheiten von Söldnern, örtliche Milizen und kriminelle Banden. Sie werden von Staaten, transnationalen Unternehmen, Geheimdiensten, Großgrundbesitzern, Drogen-, Holz- und Menschenhändlern finanziert. Auftragnehmer für Militäraktionen sind oft Private Military Companies, das heißt private Militärunternehmen mit Milliardenumsätzen. Sie stellen beteiligten Kombattanten Militärpotenziale bis zu ganzen Privatarmeen als Söldnertruppen zur Verfügung. Militärische Gewalt ist zur Ware geworden. «Kriegsökonomien» haben sich zu einer oft verschwiegenen Seite der globalen Wirtschaftsordnung entwickelt, in der reguläre, kriminelle und Raubökonomien eng verflochten sind. Sie zerstören den sozialen Zusammenhang in Gesellschaften und führen zu skrupellosem Umgang mit der Natur. Failing States sind das

Resultat. Jeder Ansatz von Demokratie bleibt dort auf der Strecke.

Nicht nur Krieg zerstört die Naturgrundlagen menschlicher Existenz. Umgekehrt vertiefen Klima- und Umweltkrisen soziale Not und Armut. Sie verschärfen soziale Konflikte, die in vielen Ländern des globalen Südens zu den Ursachen für militärische Konflikte gehören. Der Klimawandel führt zur Verknappung von Naturressourcen, beispielsweise von bewirtschaftbaren Böden und Wasser. Bereits gegenwärtig haben rund 780 Millionen bis zu einer Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser. Rund zwei Milliarden Menschen leiden unter chronischer Wasserknappheit, die Hälfte davon unter akutem Wassermangel. In Küstenregionen könnte das mit steigendem Meeresspiegel eindringende Salzwasser das Grundwasser schädigen. Längerfristig sind Wasser- und andere Ressourcenkriege nicht auszuschließen. Die Krise der Umwelt bewegt sich auf Kippunkte der Naturgleichgewichte zu. Das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung unterscheidet drei Klassen von Trägern ökologischer Dienstleistungen, die sich Kippunkten nähern.

#### Kippunkte im Erdsystem

Eiskörper:	Grönländisches Eisschild Arktisches Meereis Westantarktisches Eisschild Ostantarktisches Eisschild Yedoma Permafrost Methanhydrate
Strömungssysteme:	Atlantische thermohaline Zirkulation Westafrikanischer Monsun Indischer Sommermonsun El Niño – Südliche Oszillation Jetstream SW Nordamerika?
Ökosysteme:	Amazonas Regenwald Boreal-Wälder Tropische Korallenriffe Marine biologische Kohlenstoffpumpe?

Fragezeichen bezeichnen Systeme, deren Status als Kippelement noch nicht gesichert ist.

(Hanusch/Leggewie/Meyer 2021: 89)

Entscheidende Elemente des Erdsystems bewegen sich auf irreparable Kippunkte der Destabilisierung zu. Die Menschheit verliert an diesen Punkten die Chance, ihre Existenzbedingungen noch unter Kontrolle zu behalten. Michael Müller, Peter Brandt und Reiner Braun haben aus guten Gründen mit Blick auf diese Gefahr die Dringlichkeit einer Politik Gemeinsamer Umfassender Sicherheit beschworen. Schon vor der 1,5-Grad-Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Niveau hat das Umkippen der Korallenriffe begonnen, von denen über verschie-

dene Vermittlungsstufen die Existenzbedingungen von fast 500 Millionen Menschen abhängen. Die Eisbedeckung im arktischen Ozean hat in den letzten Jahrzehnten um fast die Hälfte abgenommen. Das verändert wiederum den Jetstream, das heißt die atmosphärische Zirkulation mit der Folge extremer Wetterereignisse bis Europa. Andere Eisfelder sind instabil geworden. Ihr Wegschmelzen führt zu einem Anstieg der Meeresspiegel und bedroht den Lebensraum von Hunderten Millionen Menschen. Das Schmelzen der Gletscher gefährdet die Wasserversorgung von weiteren Millionen Menschen. Die wie eine Zentralheizung für den Nordatlantikraum wirkende Atlantikzirkulation droht sich mit schwer absehbaren Folgen abzuschwächen. Das Austrocknen und Abholzen der Amazonaswälder ist eine Katastrophe für die Artenvielfalt und für die Bindung von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Wenn die Permafrostregionen auftauen, wird die Freisetzung von 1,3 bis 1,6 Milliarden Tonnen Kohlenstoff in Gang gesetzt und die Erderwärmung unkorrigierbar beschleunigt.

### Festzuhalten

*Die gemeinsame Gefährdung der menschlichen Existenz durch die Möglichkeit eines Atomkrieges, die der entscheidende Anstoß für die Idee Gemeinsamer Sicherheit war, ist nicht nur weiter virulent, die Gefahren für die Existenz der Menschheit sind weit komplexer und größer geworden. Mehr denn je ist Gemeinsame Umfassende Sicherheit ein kategorisches Gebot der Politik im 21. Jahrhundert. Dieses Konzept als Illusion von gestern abzutun, ist sträflich ignorant und selbst eine Gefahr für die menschliche Zivilisation.*

## 2.2 GEGNER VON HEUTE – PARTNER VON MORGEN

Gemeinsame Sicherheit impliziert, dass die Antwort auf die Gefährdungen der Menschheit nicht in der Steigung des Bedrohungspotenzials bestehen soll, sondern in gemeinsamem Wirken für dessen Abbau, vor allem für atomare Abrüstung. Gemeinsamkeit der Bedrohungen erfordert Gemeinsamkeit des Handelns gegen sie.

*Wenn Sicherheit nicht mehr gestützt auf überlegene Macht dem Gegner diktiert werden kann, bedeutet dies als weitere Grundprämisse Gemeinsamer Sicherheit: «Die Gegner von heute sind die Partner von morgen.» (Bahr 1986: 17)*

Zu den Erfahrungen in der Europäischen Union gehört, dass selbst nach dem faschistischen Aggressionskrieg Deutschlands aus den feindlichen Mächten Frankreich und Deutschland schließlich Partner wurden. Sogar zwischen Deutschland und der Sowjetunion entstanden Kooperationsbeziehungen, die jahrzehntelang zur Entspannung in Europa beige-

tragen haben. Allerdings war dies erst das Ergebnis eines totalen militärischen Sieges der Alliierten über Hitlerdeutschland, den italienischen Faschismus und den japanischen Militarismus. Heute jedoch verfügt der Aggressor Russland über ein den USA gleichgewichtiges strategisches Nuklearwaffenpotenzial. Mit einer militärischen Niederwerfung Russlands ist nicht zu rechnen. Sicherheitspartnerschaft wird im atomaren Zeitalter nicht aus dem Triumph der Sieger entspringen. Also müssen eine Waffenruhe, Waffenstillstand und schließlich Friedensvereinbarungen auf eine Partnerschaft von morgen zielen. Mit der russischen Führung – ob mit oder ohne Putin – muss geredet werden, um solche Perspektive nicht zu ersticken. Gewiss unterscheidet sich die gegenwärtige Situation erheblich von den 1970er-, 1980er- und 1990er-Jahren, in denen der Gedanke der Gemeinsamen Sicherheit an Einfluss gewann. Damals war in Europa kein Krieg. Gemeinsame Sicherheit konnte aus der Situation relativen Friedens heraus gedacht werden. Heute ist in Europa Krieg.

Damals strebte die Sowjetunion ein «Gemeinsames Haus Europa» an, dessen Konstruktion weitgehend den Grundgedanken Gemeinsamer Sicherheit entsprechen sollte. Die UdSSR unternahm unter anderem einseitige Abrüstungsschritte, um Vertrauen zu stiften.

Die Humboldt-Universität tauschte in den 1980er-Jahren mit der Hamburger Universität drei Semester hindurch Friedensvorlesungen aus. Ich saß nach seinem Vortrag neben Egon Bahr auf dem Podium einer gemeinsamen Veranstaltung im Senatssaal der Humboldt-Universität, als die Nachricht von einseitigen Abrüstungsschritten der Sowjetunion kam. Bahr ließ sich die Fakten dazu auf einer Seite hereinreichen, überflog sie und kommentierte mit einem seiner Lieblingsausdrücke: «Fabelhaft! So kommt Gemeinsame Sicherheit zustande.»

Später zeigte sich Putin zunächst offen für Schritte zu einer neuen internationalen Sicherheitsarchitektur, unter anderem in seiner Rede am 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag (Putin 2001). Aber sowohl in der letzten Phase der Sowjetunion als auch in Putins erster Amtszeit hat der Westen Chancen für Gemeinsame Sicherheit nicht genutzt. Die Zeichen wurden auf Konfrontation gestellt (Müller/Brandt/Braun 2023: 5–9; Crome 2022: 173–190).

Eine weitere gravierende Veränderung der geostrategischen Konstellation ist die neue Zentralität des eurasischen Raumes. In den 1980er- und 1990er-Jahren war Europa die Hauptregion, in der gemeinsame Sicherheit mit der Sowjetunion erstrebt wurde. Heute hat sich der Schwerpunkt internationaler Vormachtkämpfe in den eurasischen Kontinent verlagert. Die USA haben einen Schwenk ihrer Politik nach Asien vollzogen, den von Obama verkündeten «Pivot to Asia». Sie wollen dort ihre eigene Vormacht behaupten.

ten. Die Konfrontation mit China birgt die größte künftige Gefahr für den Frieden.

Die Prämissen für eine Politik Gemeinsamer Sicherheit haben sich im Vergleich zu früher gravierend verschlechtert. Statt mit einer friedens- und abrüstungsbereiten Macht im Osten muss gemeinsame Sicherheit aus der Situation des Krieges heraus mit dem russischen Aggressor gesucht werden. Auf westlicher Seite unter Führung der USA, die sich ihrerseits mit einer Vielzahl von Interventionskriegen und Wortbrüchen der russischen und der chinesischen Führung durchaus nicht als vertrauenswürdige Friedensmacht empfehlen.

*Der Zweifel liegt nahe, ob in dieser Konstellation aus den Gegnern, ja Feinden von heute Partner von morgen werden können. Doch gegen diesen Zweifel steht, dass ohne Sicherheitspartnerschaft – wie eben mit Verweis auf die globalen Gefahren für die Menschheit ausgeführt – eine Häufung von Katastrophen für alle Beteiligten die Perspektive wäre.*

Der Einwand bellizistischer Kräfte sticht nicht, dass dieser Perspektive zu entgehen wäre durch eine vernichtende militärische Niederlage Russlands. Die Atommacht Russland wird nicht mit Waffen aus der Geschichte zu tilgen sein. Wenn dies aber zutrifft, bleibt doch allein der steinige Weg der Suche nach Auswegen in nichtöffentlichen Gesprächen, bescheidenen vertrauensbildenden Maßnahmen, des Mühsens um Kompromisse, der geduldigen Suche nach gemeinsamen Wirtschafts- und anderen Interessen, der Inanspruchnahme vermittelnder Mächte, des Ausschöpfens aller diplomatischen Möglichkeiten und der Konsultation rational und verantwortungsvoll denkender Militärs.

### Festzuhalten

*Weil ohne den Übergang von Feindschaft zu Partnerschaft die globalen Gefahren für alle Konfliktparteien unübersehbare destruktive Folgen hätten, sind die Kombattanten von heute zur mühsamen Annäherung an eine Partnerschaft von morgen verurteilt.*

Die zweifellos hohen Barrieren auf diesem Weg verweisen darauf, dass einem weiteren Strukturelement Gemeinsamer Sicherheit künftig womöglich noch größere Bedeutung zukommen wird als in den Zeiten vergangener Entspannung: ihrer prozesshaften Herausbildung.

## 2.3 GEMEINSAME SICHERHEIT ALS PROZESS

*Gemeinsame Sicherheit wurde im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts als ein Prozess aufgefasst, der viele, oft zunächst nur bescheidene Schritte umfasst. Erst recht muss gegenwärtig, da der Krieg*

*täglich schreckliche Opfer zur Folge hat, nach jedem möglichen deeskalierenden Schritt gesucht werden.*

Die neue Ost- und Entspannungspolitik Willy Brandts begann mit kleinen Vereinbarungen, mit einem Passierscheinabkommen über Weihnachtsbesuche von West-Berliner\*innen auf der anderen Seite der Mauer. Mitten im Krieg sind auch die kleinen Schritte viel schwieriger geworden als in Zeiten relativen Friedens. Auch das gehört zu den veränderten Bedingungen für Gemeinsame Sicherheit. Doch umso dringlicher ist, nach den möglichen Veränderungen auszuschaun, die in einen Entspannungsprozess münden könnten. In dem programmatischen Band «Gemeinsame Sicherheit. Idee und Konzept» heißt es, «das ausgesprochen Teuflische» eines Systems der Selbsteskalation von Rüstung und Kriegsgefahren führe dringlich zu der Frage: «Wie entrinnt man einer solchen ausweglosen Lage? Die Antwort ist (wenn gefunden) trivial: indem man *zumindest* alles unterlässt, was das System aufrechterhält.» (Bahr/Lutz 1986: 168) Es ginge um «Anfangsimpulse» für eine «Umkehr der Verlaufstendenz» in dem System wechselseitiger Bedrohung und Aufrüstung. Das sei gegenwärtiger Politik ins Stammbuch geschrieben:

1. Zu unterlassen ist das systematische Kappen aller Gesprächsfäden mit der russischen Seite, notwendig ist das Gegenteil.
2. Zum Beginn einer Umkehr gehört, die Propagierung von Feindbildern abzubauen.
3. Zu unterlassen ist, die Konfrontation mit Russland noch mit zunehmender Betonung von Konflikten mit China aufzuladen und damit das nächste Feindbild zu schüren.
4. «Minderung eigener Bedrohlichkeit» gehörte zu den Prämissen Gemeinsamer Sicherheit in den 1980er-Jahren. Heute könnte das beispielsweise Verzicht auf Manöver von NATO-Truppen an den Grenzen Russlands und Chinas bedeuten.
5. Die vier prominenten deutschen Friedensforschungsinstitute fordern: «Die NATO sollte klar Position für eine öffentliche Ächtung des Ersteinsatzes (von Atomwaffen) beziehen, unterstützt durch deutsche Politik» (BICC u. a. 2022: 104).
6. «Innerhalb der nuklearen Teilhabe sollte Deutschland klarmachen, dass sich deutsche Piloten an keinem Ersteinsatz beteiligen» (ebd.) – statt als deutsche Atomwaffenträger den Tarnkappenbomber F35 aus den USA zu importieren. Die Perspektive wäre der Ausstieg Deutschlands aus der nuklearen Teilhabe.
7. In der Vorbereitung offizieller Verhandlungen könnten in informellen Gesprächen das Feld sondiert und Chancen ausgelotet werden. Ein «dünn-Vertrauen» (Nicole Deitelhoff) würde aufgebaut werden.

## 2.4 IDEOLOGISCHE UNTERSCHIEDE MÜSSEN DER SICHERHEIT UNTERGEORDNET WERDEN

Den Gegner im Konfliktfall nicht als Feind, sondern als Sicherheitspartner zu betrachten erfordert, Sicherheit den Vorrang gegenüber ideologischen Gegensätzen zu geben. «Dies ist im Kern der qualitative Sprung des Denkens, der von beiden Seiten verlangt wird.» (Bahr/Lutz 1986: 24 f.)

*Damals, zu Zeiten der Blockkonfrontation zwischen kapitalistischem und staatssozialistischem System, bedeutete dies, dass ideologische Gegensätze in der Bewertung der verschiedenen Gesellschaftssysteme nicht dazu führen dürften, die innere Verfasstheit der Ordnung eines Landes von außen verändern zu wollen.*

«Die Aufgabe ist deshalb, dafür zu sorgen, dass diese ideologischen Meinungsverschiedenheiten nicht durch Gewalt ausgetragen werden. Es darf keinen Glaubenskrieg zwischen Ost und West geben. [...] Das bedeutet: Die Erhaltung des Weltfriedens hat höhere Priorität als die Durchsetzung der jeweiligen Ideologie. [...] Das gemeinsame Überleben ist wichtiger als das Risiko, besser: die Gewissheit des gemeinsamen Untergangs.» (Bahr 1982: 194)

Dieses Prinzip ist völkerrechtlich in der Charta der Vereinten Nationen verankert.

«Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, dass ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, dass beide Systeme reformfähig sind. [...] Gemeinsame Sicherheit ist nicht zu erreichen, wenn ideologische Gegensätze in Formen ausgetragen werden, die zwischenstaatliche Beziehungen gefährden oder vergiften oder gar Machtkonflikte als unversöhnlichen und unausweichlichen Kampf zwischen Gut und Böse erscheinen lassen.» (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste 1988: 17 u. 21)

Als dieses Verständnis von Gemeinsamer Sicherheit – abgestimmt mit den jeweiligen Parteiführungen zwischen der Grundsatzkommission der SPD und der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED – in dem eben zitierten, sogenannten SED-SPD-Papier übereinstimmend formuliert wurde, bezog es sich vor allem auf das Verhältnis zwischen kapitalistischen und staatssozialistischen Ländern – trotz ihrer entgegengesetzten Grundstrukturen und Interessen. Das Überleben der Menschheit und ihr zivilisatorischer Fortschritt sollten Vorrang vor dem Klassenkampf erhalten. Diesen Kurs hatte Michail Gorbatschow vor den Delegierten des 27. Parteitags der KPdSU begründet.

Der Versuch der russischen Führung zu Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine, die Regierung in

Kiew durch eine militärische Aktion zu stürzen, war ein eklatanter Völkerrechtsbruch. Als behauptet wurde, ein faschistisches Regime in der Ukraine beseitigen zu wollen, als die Legitimität der Ukraine als selbstständiger Staat bestritten und daraus ein Recht zu einer «militärischen Operation» abgeleitet wurden, wurden elementare Bedingungen internationaler Sicherheit verletzt.

Eine Antwort darauf muss das Ergebnis von Friedensverhandlungen nicht weniger enthalten als internationale Sicherheitsgarantien für eine militärisch neutrale Ukraine und ihre Selbstbestimmung in territorialen Fragen – getragen von wichtigen Mächten, womöglich unter Aufsicht der OSZE oder/und den Vereinten Nationen. Dauerhafter Frieden in Europa erfordert, die nationale Souveränität der Ukraine gegen jede Infragestellung durch äußere Mächte zu sichern.

### Der Westen auch heute friedensfähig?

Jedoch – System Change nach eigenem Muster gehört seit Langem auch im Westen zur Strategie, insbesondere der USA. Der Präsident des Kölner Instituts für Weltwirtschaft, Gabriel Felbermayr, brachte noch vor dem russischen Umsturzversuch in Kiew die eigenen Vorstellungen «des Westens» zum Ausdruck: «Die Ziele, die wir gegenüber Russland haben, sind ja sehr große. Wir wollen nicht weniger als einen Regimewechsel in Russland.» (Felbermayr 2021) In Taiwan und Hongkong erfahren die Kräfte, die für einen Regimewechsel in der Volksrepublik China wirken, kräftige Unterstützung durch die USA und andere westliche Länder.

Unübersehbar ist die Liste geheimdienstlicher Unterstützung von Militärputschen und konterrevolutionären Umstürzen, militärischer Eingriffe in Bürgerkriege und direkter Kriege der USA im Rahmen ihrer «globalen Ordnungspolitik». Der Anspruch, mit westlichen Werten das Heil zu bringen, bestimmte die Aktionen und Interventionen unter anderem gegen Vietnam, Laos und Kambodscha, Indonesien, Britisch-Guayana, Chile, Brasilien, die Dominikanische Republik, Guatemala und Grenada, Serbien, Irak und Afghanistan (Greiner 2021). Dies geschah und geschieht ideologisch begründet im Namen von Freiheit und Demokratie gegen Unterdrückung und Autoritarismus ohne Rücksicht auf die Gefährdung des Friedens und dient vor allem der Sicherung hegemonialer Positionen der USA. Heute ist der kompromisslose «Kampf um westliche Werte» die Gestalt, in der uns die Unterordnung der Sicherheit unter ideologische Gegensätze begegnet. Ein Bruch mit solchem Bellizismus und Unilateralismus ist überlebensnotwendig.

### Festzuhalten

*Konzept und Politik Gemeinsamer Sicherheit bedeuteten gegen Ende des 20. Jahrhunderts, dass ideologische Systemgegensätze auf keinen Fall dazu füh-*

*ren dürften, die innere Ordnung eines Landes durch äußere Mächte verändern zu wollen. Das gilt auch, wenn System Change von außen im Namen der Menschenrechte verfolgt wird. Dieses Prinzip gilt auch heute nach dem Ende der Blockkonfrontation zwischen Staatssozialismus und Kapitalismus. Es bedarf der Verteidigung und Durchsetzung sowohl gegen Staaten, die als autoritär angesehen werden, als auch gegen Staaten, die sich als demokratisch bezeichnen. Ist es aber nach den jüngsten Erfahrungen und denen der letzten Jahrzehnte realistisch, darauf in der Politik zu setzen? Kann gar ein weiteres Prinzip Gemeinsamer Sicherheit in Realpolitik umgesetzt werden?*

## **2.5 ANERKENNUNG DER FRIEDENS- UND REFORMFÄHIGKEIT DER BETEILIGTEN SEITEN**

Ohne wechselseitige Anerkennung der Reform- und Friedensfähigkeit aller beteiligten Seiten sind keine gemeinsamen Lösungen der globalen Menschheitsprobleme, etwa die Verwirklichung der von der UN-Generalversammlung im Jahr 2000 deklarierten Global Sustainable Development Goals, zu erwarten. Gemeinsame Sicherheit wäre von vornherein auf eine leere Deklaration reduziert. Überall sind tiefgreifende Reformen erforderlich, um Aufgaben von nie gekannter Größe zu bewältigen.

Die Verträge über Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in den letzten Dekaden des vergangenen Jahrhunderts kamen nur deshalb zustande, weil die beteiligten Seiten die Fähigkeit der Gegenseite zu progressiven inneren Veränderungen als die Bedingung für die Verwirklichung der Verträge voraussetzten. Im «Friedensgutachten 2022» wird erinnert:

«Zwei Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Genf im November 1985 und in Reykjavik im Oktober 1986 brachten zwar zunächst keine konkreten Abrüstungsschritte. Trotz heftiger Kontroversen einigten sich die Kontrahenten in Genf aber auf die Halbierung der Nuklearwaffen und hielten fest, dass «ein Nuklearkrieg nicht gewonnen werden kann und nie ausgefochten werden darf» (Reagan/Gorbatschow 1985). [...] Beide Treffen schufen die Grundlage für erfolgreiche Verhandlungen zur Abschaffung der stationierten Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag von 1987), für die Begrenzung des strategischen Nuklearwaffenpotenzials, konventionelle Rüstung in Europa sowie die Eliminierung von Chemiewaffen. Parallel wurden auf beiden Seiten die Militärausgaben gesenkt und einseitige Schritte, wie der Abzug aller landgestützten US-amerikanischen Nuklearwaffen aus Europa, vorgenommen.» (BICC u. a. 2022: 102)

Inzwischen ist der Staatssozialismus in Europa an seiner strukturellen Reformunfähigkeit gescheitert. Dort hat er die Hoffnungen auf seine Reformfähigkeit nicht einlösen können. Anders in China, wo Lernprozesse aus der eigenen Geschichte und aus der Implosion des Staatssozialismus in der Sowjetunion zu Reformen führten, die China den Aufstieg als Weltmacht und die Befreiung von Hunderten Millionen Menschen aus der Armut ermöglichten. Der Ausgang des Reformprozesses in China ist noch offen.

Der Westen hat seine Reformfähigkeit mit der Herausbildung eines sozialstaatlich regulierten Kapitalismus in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, mit bewundernswerten hochtechnologischen Leistungen und mit – begrenzten – Schritten des ökologischen Umbaus erfolgreicher als der Osten Europas unter Beweis gestellt. Aber mit dem Übergang zu einer neoliberalen, zunehmend finanzmarktgetriebenen Variante des Kapitalismus blieben die größten globalen Probleme gleichwohl ungelöst. Die Gefahr eines Atomkrieges ist größer als je seit dem Ende des Kalten Krieges. Die ökologische Krise hat mit dem Klimawandel und mit der fortschreitenden Zerstörung der Biodiversität eine dramatische Zuspitzung erfahren. Die sozialen Klüfte sind selbst in den reichen Ländern und zwischen ihnen und den Armen in der Welt immer tiefer geworden. Die repräsentative Demokratie erodiert und autokratische Herrschaftsformen haben in vielen Ländern der Welt Aufwind.

War demnach Friedens- und Reformfähigkeit in West und Ost nur eine kurze Episode? Darf eine Wandlungsfähigkeit, die einst dem kommunistischen Gegner zu Recht zugetraut wurde, von dem inzwischen durch und durch kapitalistischen und autokratischen Russland erwartet werden? Behält die Annahme von Friedens- und Reformfähigkeit für die Volksrepublik China mit ihrer gelenkten Marktwirtschaft unter Führung der Kommunistischen Partei Gültigkeit?

Die chinesische Führung erhebt im Unterschied zu den USA keinen Anspruch darauf, zur einzig bestimmenden Weltmacht zu werden. Ihre Strategie zielt darauf, dass China einen gleichrangigen Platz in einer multipolaren Welt einnimmt und die Chance behält, in einem permanenten Reformprozess die Vorzüge des eigenen Systems im friedlichen internationalen Wettbewerb zur Geltung zu bringen. Nicht zu bestreiten ist, dass China auf die Hochrüstung in den USA, auf die US-amerikanische Eindämmungsstrategie gegenüber China, auf die US-Sanktionen zur Verhinderung des chinesischen Aufstiegs auch mit gesteigerter eigener Rüstung und autoritären Tendenzen der Herrschaft reagiert. Umso dringlicher ist, in den internationalen Beziehungen der Politik Gemeinsamer Sicherheit umfassende Geltung zu verschaffen.

Eine Ironie in der gegenwärtigen Situation besteht darin, dass es im Verhältnis zu Russland nicht einmal um den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus geht. In Russland haben die westlichen Berater der russländischen Regierung 1990 nur eine andere Variante des Kapitalismus auf den Weg gebracht, eine allerdings besonders brutale und marode Variante, deren Machtelite nun aus ihren Widersprüchen die gewaltsame Flucht nach «vorn» sucht. Aber dies ist immerhin festzuhalten: Der russische Satan ist nichts als ein besonders missratener kapitalistischer Bruder der westlichen Kapitalismusvarianten.

*Die Frage nach Friedens- und Reformfähigkeit von Systemen hat sich verändert. Heute ist zu fragen: Sind die verschiedenen Varianten des Kapitalismus in West und Ost progressiv handlungsfähig? Und darf von China und verwandten Gesellschaften in anderen Ländern eine friedensfähige Reformpolitik erwartet werden?*

Selbst damals, in den Zeiten der systemischen Blockkonfrontation, führte die Differenz zwischen den Ansprüchen Gemeinsamer Sicherheit und der Realität gefährlicher Spannungen dazu, auf die Reform- und Friedensfähigkeit aller Beteiligten zu setzen. Aber nochmal: Ist es eine Illusion, angesichts des von der Regierung Putin begonnenen leidvollen Krieges in der Ukraine und des innenpolitischen Unterdrückungsregimes in Russland noch mit Reform- und Friedensfähigkeit in diesem Land zu rechnen?

### **Russland: reform- und friedensfähig?**

Zunächst: Unter extremem Handlungsdruck hatte sich Putin bereits einmal als fähig zum Umsteuern der Entwicklung in Russland erwiesen. Als er im Jahr 2000 in den Kreml einzog, hatte Russland ein Jahrzehnt des Niedergangs hinter sich. Die 1990 unter Jelzins Regime eingeführten marktradikalen Reformen hatten mit chaotischen Folgen zu einem neoliberal-oligarchischen Kapitalismus geführt. Die Industrieproduktion war 1998 im Vergleich zu 1990 auf 45,8 Prozent abgesunken. Die Hälfte der Bevölkerung war von Ernährungsdefiziten betroffen. Die durchschnittliche Lebenserwartung war von 70,13 Jahren 1986/87 auf 65,3 Jahre zurückgegangen.

Die erste Putin-Administration der Jahre 2000 bis 2008 stärkte den regulierenden Staat gegen die Macht der Oligarchen, allerdings ohne diese grundsätzlich anzutasten. Die Exekutive erreichte eine Stabilisierung der sozialen Verhältnisse. Der Bevölkerungsanteil mit Einkommen unterhalb des Existenzminimums, der im Jahr 2000 30 Prozent der Bevölkerung umfasste, wurde bis 2008 auf 13,5 Prozent gesenkt. Lohn- und Gehaltserhöhungen erhöhten den Konsum der Bevölkerung um 20 Prozent.

Aber die russische Wirtschaft blieb weitgehend bestimmt vom Ressourcenextraktivismus. Die Einnahmen des Staatshaushalts hängen weiter stark von

Öl- und Gasexporten ab. Julien Vercueil bezeichnet die russische Wirtschaft daher als Rentenökonomie, abhängig von den Renteneinnahmen aus dem Öl- und Gasmonopol (Vercueil 2023: 38–52). Die Abhängigkeit von Technologieimporten wurde nicht verringert. Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland im Gefolge des Ukrainekrieges führen dazu, dass diese Schwäche und insgesamt die ökonomischen Modernisierungsdefizite empfindlicher zutage treten. Die Einbußen im Ressourcenexport werden bisher zu großen Teilen ausgeglichen durch Käufe Chinas und anderer Schwellenländer, die sich den westlichen Sanktionen nicht anschließen. Aber nicht alle Verluste und vor allem nicht die Rückstände bei der eigenen Soft- und Hardware können kompensiert werden.

Teile der Wirtschaftseliten drängen deshalb verstärkt auf die Modernisierung der russischen Wirtschaft. «Die Entscheidung zum Krieg war, soweit dies zu überblicken ist, ohne Beteiligung der ökonomischen Eliten gefallen.» (Brangsch 2023: 57) Der Russlandkenner Lutz Brangsch schätzt ein, dass sich die russische Führung der Modernisierungsdefizite des Landes durchaus bewusst ist. Er verweist auf die Diskussion über mögliche Entwicklungsszenarien in der Suche nach Auswegen. Drei Szenarien in diesem Diskurs werden nach Brangschs Darstellung von Oleg Bondarenko, Ilja Grascenkov und Sergej Serebrennikov ausgemacht:

«Für die «UdSSR 2.0» orientieren sich die Autoren an den USA und China als relativ autarke Ökonomien, verbunden mit einer starken Rolle des Staates bei der Überwindung der Disproportionen, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Einführung von Preiskontrollen. «NÖP 2.0» soll eine Strategie der Marktorientierung und einer aktiven Rolle als Ost-West-Drehscheibe sein. Es gehe um einen «gerechten Kapitalismus». Die «Nation Z» schließlich wird als Projekt einer «Nationenbildung auf russische Weise» charakterisiert, geprägt durch einen «Kult der Arbeit und des ehrlichen Erfolges.» (Ebd.: 56)

Es existiert also ein Druck zu flexiblerem Handeln. Immerhin – Putin hat ein Aufrollen der Ukraine durch erzwungenen Regimewechsel in Kiew schnell aufgegeben. Als die Lage der im Asow-Stahlwerk verschanzten Truppen aussichtslos wurde, ergaben sie sich. Als 5.000 russischen Soldaten bei Isjum drohte, eingekesselt zu werden, wurden sie zurückgezogen. Mehrmals fand ein Gefangenenaustausch statt. In dem von russischen Truppen besetzten Atomkraftwerk Saporischschja wurde eine Inspektion der Internationalen Atomenergiebehörde zugelassen. Als internationale Forderungen nach Freigabe von Weizenexporten aus der Ukraine nicht mehr zu ignorieren waren, kamen ein von Minen geräumter Seekorridor und die Verschiffung von Getreide zustande. Diese Erfahrungen können mit großer Vorsicht als Indizien

für ein Minimum an rationaler Beweglichkeit auf russischer Seite gedeutet werden. Die erbarmungslose Zerstörung ziviler Infrastrukturen der Ukraine mit verheerenden Folgen für ihre Bevölkerung legt allerdings nahe, dies als Beweglichkeit innerhalb anhaltend unmenschlicher aggressiver Politik zu verstehen.

### Festzuhalten

Zusammenfassend zur Frage nach der Reform- und Friedensfähigkeit Russlands kann festgestellt werden: 1. Schon einmal nach der Implosion des Staatssozialismus, in der ersten Amtsperiode Putins, gab es stabilisierende Reformprozesse, die allerdings einem extraktiven Akkumulationsregime verhaftet blieben. 2. Die Modernisierung der russischen Wirtschaft wird immer dringender, die erstrebte internationale Geltung Russlands wird sich nicht dauerhaft vorwiegend militärisch erreichen lassen. 3. In Wirtschafts- und Wissenschaftskreisen, politisch gewollt oder geduldet, finden immerhin Diskussionen über mögliche Wirtschaftsreformen statt. 4. Rüstung und Krieg stehen aber den überfälligen sozial-ökologischen Reformen und wissenschaftlich-technischen Modernisierungen entgegen. Sie binden politische Führungskapazitäten, Arbeitspotenziale, finanzielle und stoffliche Ressourcen. So wie zu Zeiten der Systemkonfrontation Kalter Krieg und Hochrüstung die im Vergleich zu den USA ökonomisch unterlegene Sowjetunion härter als den Westen trafen, werden Krieg und Rüstung in der kommenden Zeit Russland weit mehr als die NATO-Staaten schwächen.

*Es ist keineswegs sicher, dass diese Umstände zu größerer Flexibilität und zu progressiver Reform- und Friedensfähigkeit der russischen Machteliten beitragen werden. Aber es ist nicht auszuschließen. Also sollte seitens des Westens alles Mögliche getan werden, diese Fähigkeit zu begünstigen. Also darf nicht aufgegeben werden: Frieden schaffen durch Verhandlungen statt durch mehr Waffen und andauernden Krieg!*

### Friedensfähigkeit im Krieg denken

Können die schwachen Anzeichen von Flexibilität mitten im Krieg in eine verständigungsoffene Richtung gedreht werden? Das scheint fast undenkbar. Der von Russland begonnene Krieg in der Ukraine spricht dagegen. Russland sei eben in das mit Gemeinsamer Sicherheit unverträgliche Gut-Böse-Schema einzuordnen. Wie Außenministerin Annalena Baerbock die Welt einfach erklärt: «Auf der einen Seite Länder, die an eine regelbasierte internationale Ordnung glauben. Auf der anderen Seite aggressiv-autoritäre Regime, die ihre eigene Bevölkerung unterdrücken und andere mit imperialen Mitteln unterwerfen wollen.» (Baerbock 2022)

Während ich diese Zeilen schreibe, verbreiten die Tagesnachrichten, dass Putin eine Teilmobilisierung

von 300.000 Soldaten anordnen ließ und mit dem Einsatz atomarer Waffen droht. Muss ich meinen Rückgriff auf die Logik des Gebots Gemeinsamer Sicherheit aufgeben? Gelten deren Prämissen doch nur für Friedenszeiten und nicht dann, wenn sie gerade am dringlichsten der Realisierung bedürfen?

Ich konsultiere die Autor\*innen des «Friedensgutachtens 2022» der vier großen Friedensforschungsinstitute der Bundesrepublik. Es hat den bemerkenswerten Titel «Friedensfähigkeit in Kriegszeiten». Dort heißt es:

«Im Zeichen der russischen Aggression gegen die Ukraine wird es dabei entscheidend sein, Wehrhaftigkeit mit Perspektiven für eine Kriegsbeendigung zu verbinden, mithin: friedensfähig in Kriegszeiten zu sein. Nur so wird es gelingen, eine neue Friedensordnung in Europa zu schaffen. [...]

Friedensfähig ist nur, wer über die Kriegslogik hinausdenkt und diplomatische Optionen entwickelt, Gewaltkonflikte zumindest einzufrieren, um sie mittel- bis langfristig zu lösen. Militärische Unterstützung und Sanktionen sind wichtige Instrumente, um Druck auszuüben. Doch müssen sie in eine diplomatische Strategie eingebettet sein.» (BICC u. a. 2022: 10 u. 12)

Ob Annalena Baerbock das weiß? Und wenn ja, ob sie bedenkt, dass Diplomatie eine potenzielle Verhandlungsfähigkeit der anderen Seite begünstigen muss? Auf den ersten Blick scheinen die Friedensforschungsinstitute Friedensfähigkeit nur aufseiten des Westens einzufordern. Aber dann klingt doch an, dass eine gewisse Rationalität auch auf russischer Seite zu erreichen sei.

«Gleichzeitig muss der Nutzen einer politischen Einigung auch für Russland so deutlich gemacht werden, dass Putin bereit ist zu verhandeln. Das heißt, auch Russland muss etwas angeboten werden, damit es sich auf Verhandlungen über ein Kriegsende einlässt. Der Westen sollte daher nicht allein auf eine militärische Lösung setzen, denn nur ein Verhandlungsfrieden (und nicht ein Siegfrieden) hat Aussicht, einigermaßen dauerhaft zu sein.» (Ebd.: 33)

Richard Haas, Präsident des Council on Foreign Relations der USA, und Carles Kupchan, Senior Fellow dort, schreiben:

«Die Ukraine als souveräne und sichere Demokratie zu bewahren, ist ein vorrangiges Ziel. Dafür muss das Land aber nicht kurzfristig die vollständige Kontrolle über die Krim und den Donbass zurückerlangen. [...] Die Lösung besteht darin, den Krieg zu beenden und zugleich die endgültige Verfügung über das noch von Russland besetzte Land zu vertagen.» (Haas/Kupchan 2023: 78 u. 81)



Nicht ganz fern dem Gedanken im Rahmen des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit, dass Kooperation unverzichtbares Element einer Friedensordnung ist, wird im «Friedensgutachten 2022» formuliert:

«Eine kooperative Friedens- und Sicherheitsordnung ist möglich und nicht schon deshalb verfehlt, weil Wladimir Putin sie gerade zertrümmert. Allerdings: einen schnellen Weg zurück zu dieser Ordnung wird es nicht geben. Die Herausforderung für die Zukunft der internationalen Beziehungen ist der Aufbau neuer Kooperationsstrukturen – in Europa und in der Welt. Solche Strukturen werden in Europa nach dem Krieg zunächst ganz basalen Charakter haben und auf Verteidigungsfähigkeit, Abschreckung und rüstungskontrollpolitischen Minimalstandards basieren. Erst in einem weiteren Schritt wird man vielleicht zu einer friedlichen Koexistenz übergehen können, die bedeuten könnte, auf gegenseitige Destabilisierung zu verzichten. Auch wenn es in der Erregung des Augenblicks illusorisch erscheinen mag, ist jetzt der Zeitpunkt, sich über die Schritte zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa Gedanken zu machen.» (BICC u. a. 2022: 30)

## 2.6 GEMEINSAME SICHERHEIT ALS POLITIK DER RÜSTUNGSKONTROLLE UND ABRÜSTUNG

Die Vordenker des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit definierten:

«Kurz- und mittelfristig will Gemeinsame Sicherheit:

- die Ablösung der Abschreckung,
- die Rüstungsbegrenzung und Abrüstung durch Verhandlungen und Vereinbarungen unter Einschluss auch einseitiger Maßnahmen,
- die Realisierung Struktureller Nichtangriffsfähigkeit; und langfristig:
- die Auflösung der Militärpakte und Blöcke,
- die Schaffung einer Neuen Europäische Friedensordnung.»

(Lutz 1986: 41)

Realistischerweise wurde angenommen, dass die Durchsetzung Gemeinsamer Sicherheit längere Zeit hindurch das Festhalten an der Abschreckungsdoktrin nicht ausschließen werde. Heute gilt, dass angesichts des Ukrainekrieges über Perspektiven Gemeinsamer Sicherheit nicht realistisch nachgedacht werden kann, ohne zugleich gegenüber dem Aggressionskurs der russischen Führung an der militärischen Abschreckungsfähigkeit der NATO festzuhalten. Aber als Militärbündnis unter Führung der USA in deren imperialem Interesse einschließlich militärischer Interventionen in anderen Ländern kann die NATO nicht als zukunftsfähig angesehen werden.

Seinerzeit wurde darauf verwiesen, dass das zeitweilige Nebeneinander von Abschreckung und Gemeinsamer Sicherheit eine Plausibilität aufweise: Beide Doktrinen seien von der Intention her als Kriegsverhinderungsstrategien zu verstehen. Tragischerweise haben beide dabei versagt – die Abschreckung, weil sie konstruktionsbedingt eben doch nicht immer funktioniert, die Gemeinsame Sicherheit, weil sie die Politik zu keiner Zeit maßgeblich und dauerhaft bestimmen konnte. Doch schon damals wurde betont: «Trotz dieser Gemeinsamkeit sind Abschreckung und Gemeinsame Sicherheit (auf Dauer – D. K.) nicht vereinbar. Zwar will Gemeinsame Sicherheit wie die Abschreckung die Vermeidung von Kriegen – nicht jedoch im Gegeneinander, sondern im Miteinander.» (Ebd.: 51) Als unvereinbar mit Gemeinsamer Sicherheit wurden in der Abschreckungsdoktrin enthaltene Elemente angesehen: unter anderem die ständige Vorbereitung auf den schlimmsten Fall (*worst case*), die die Versuchung zu einem präemptiven Angriff, womöglich sogar mit atomaren Waffen, einschließt; die irrationale Drohung mit der Vernichtung des Gegners unter Inkaufnahme der letztendlichen Selbstvernichtung; die Reproduktion von Instabilitäten durch laufende Perfektionierung bzw. Modernisierung der militärischen Mittel (ebd.).

Genau diese Defizite der Abschreckungspolitik sind im Ukrainekrieg virulent geworden – Gemeinsame Sicherheit bleibt die Aufgabe der Kräfte des Friedens. Mitten im Krieg muss dieses Konzept zu neuer Geltung gebracht werden, weil ohne Vorstellungen von einem inneren Band der europäischen Nachkriegsordnung keine Befriedung und kein neutraler Status der Ukraine möglich sein wird. Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen werden in ein umfassendes Sicherheitskonzept einzubinden sein.

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nicht allein ein Verbrechen der russischen Führung, er ist durchaus – wie andere Kriege der letzten Jahrzehnte – eine Konsequenz andauernder internationaler Machtrivalitäten und Aufrüstung. Beide beteiligten Seiten, sowohl die russische als auch die US-amerikanische, verfolgen seit Langem eine gefährliche Rüstungsskalaration.

Der Krieg gegen die Ukraine war von Beginn an ein Krieg Russlands gegen den Westen, wurde aber immer deutlicher auch ein Kampf des Westens gegen Russland, stellvertretend geführt durch die Ukraine und mit dem Ziel, Russland dauerhaft als geopolitischen Konkurrenten auszuschalten. Der Krieg erwuchs aus der unheilvollen Verbindung von imperialen Vormachtkämpfen und erneutem Rüstungswettlauf. Die russische Führung will sich den postsowjetischen Raum als unantastbares Einflussgebiet sichern und dies in der Ukraine exemplarisch manifestieren. Die USA wollen einen Wiederaufstieg Russlands ein für alle Mal ausschließen und sich auf

solche Weise den Rücken für die Auseinandersetzung mit der aufsteigenden Volksrepublik China freihalten. Nach altem Muster setzen alle Seiten dabei stark auf Waffen.

Russland befindet sich etwa seit Beginn der zweiten Dekade des Jahrhunderts mitten in einer intensiven Modernisierung seiner nuklearen und nichtnuklearen Streitkräfte. Allerdings treten in der Ukraine seine weiterhin existierenden konventionellen Defizite zutage. Die russische Aufrüstung erfolgt nach Angaben Götz Neunecks, des wissenschaftlichen Direktors am Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (Neuneck 2018a, 2018b; vgl. auch: Maaser/Verlaan 2022), in folgenden Richtungen:

- neue see- und landgestützte Trägersysteme (Yars, Rubezh, Bulava, Sarmat) sind bereits eingeführt. Die Interkontinentalrakete Sarmat soll auch den Südpol überfliegen können,
- neue U-Boote der Boreis-Klasse und neue Bomber (Tu-160, Tu-Pak-DA) sollen alte Systeme ersetzen,
- die Modernisierung von Trägersystemen taktischer Nuklearwaffen soll die Schwelle zum Nukleareinsatz verringern – das ist zumindest der Vorwurf der USA und der NATO,
- die «Avantgarde» soll ein nuklear angetriebener Überschallflugkörper mit großer Reichweite sein.

Zum langfristigen nuklearen Modernisierungsprogramm der USA gehören:

- neue modernisierte Nuklearwaffen, für die nach Schätzung des Congressional Budget Office von 2017 innerhalb von zehn Jahren etwa 400 Milliarden US-Dollar ausgegeben werden sollen. Dazu gehören die Bereitstellung neuer «maßgeschneiderter» Nuklearsysteme, das heißt von modifizierten Sprengköpfen geringerer Sprengkraft, und einer neuen Version der freifallenden Bombe B61-12 mit einstellbarer Ladung und höherer Treffgenauigkeit von nur 30 Metern für unterschiedlichste Bombertypen,
- die Planung eines neuen Long Range Stand-Off (LRSO), eines Marschflugkörpers als Nachfolgemodell für den jetzigen strategischen Marschflugkörper ALCM. 550 dieser Trägerwaffen sollen mit Kernsprengköpfen bestückt werden,
- die Planungen für einen neuen strategischen Bomber (B 21), für eine neue Interkontinentalrakete (ICBM), für einen Abstandsmarschflugkörper (LRSO) und ein neues Atom-U-Boot,
- die Entwicklung von Überschallflugkörpern (*hypersonic gliding vehicles*) für das Global Strike Program,
- das Starlink-System des zum Tesla-Imperium Elon Musks gehörenden Unternehmens SpaceX. Es besteht aus einer fünfstelligen Anzahl von kleinen Satelliten im Orbit, deren Signale von Starlink-Bodensystemen empfangen werden können. Über 10.000 davon sollen in der Ukraine stationiert sein.

Das System soll weltweit ein extrem schnelles und billiges Internet bereitstellen. Es soll gegenwärtig den ukrainischen Streitkräften ermöglichen, das Feuer von beweglichen, dezentralen Artilleriebatterien hocheffizient zusammenzuführen (Heilig 2022).

In Westeuropa ist die Zukunft des größten gemeinsamen Rüstungsprojekts zwischen Frankreich, Deutschland und Spanien noch unsicher. Im Future Combat Air System (FCAS) soll ein Kampfflugzeug der sechsten Generation entwickelt werden, dem im Verbund mit bewaffneten Drohnen und anderen Systemen in der Luft, auf dem Boden, zur See und im Weltraum eine überlegene Kampfkraft zugeschrieben wird.

In Deutschland sind wichtigste Projekte nach der Übersicht von Jürgen Wagner (2022: 154–164) die folgenden:

- der deutsche Beitrag zum Future Combat Air System (FCAS),
- der schwere Transporthubschrauber (STH), wahrscheinlich durch Kauf des CH-47F Chinook von Boeing,
- die Heron-Drohne durch Kauf von Israel,
- die P-8 Poseidon von Boeing für die U-Boot-Jagd und Seefernaufklärung,
- weitere Fregatten F-126,
- die Korvette K130,
- neue Varianten des Leopard-Panzers,
- die Nachfolgeversion des Truppenpanzers Fuchs,
- die Nachrüstung der Schützenpanzers Puma,
- die Nachfolgeversion des Schützenpanzers Marder,
- das Zukunftsprojekt Main Ground Combat System (MGCS), für das allein Entwicklungskosten von acht Milliarden Euro erwartet werden,
- für Führungsfähigkeit und Digitalisierung
  - die Weiterentwicklung des Rechenzentrenverbundes Herkules als Rückgrat der Digitalisierung der Bundeswehr,
  - das Satellitenkommunikations-System (Sat-Com-BW),
  - das Digitalfunknetzwerk Tactical Wide Area Network (TAWAN),
  - die Digitalisierung landbasierter Operationen (DLBO).

Aus den Rüstungsprojekten geht hervor, dass parallel zum nuklearen Wettrüsten die Modernisierung der konventionellen Streitkräfte verläuft. Neuneck hebt fünf Richtungen der Entwicklung neuer Kriegstechnologien hervor (Neuneck 2014):

1. Unbemannte ferngesteuerte Drohnen, die zum Beispiel mit Massenvernichtungswaffen bestückt werden können. Neue Designs betreffen die Ausstattung mit künstlicher Intelligenz und Mustererkennung, Tarnkappentechnologie, Schwarmverhalten und Sensorik;

2. ferngesteuerter Krieg aus der Luft mit der Besonderheit, dass unterschiedliche konventionell bestückte Trägersysteme jeden Ort der Welt in kürzester Zeit mit hoher Präzision und Zerstörungskraft aus jeder Richtung angreifen können – in den USA in Gestalt des Hightech-Programms «Prompt Global Strike»;
3. Einsatz von Robotern, das heißt von unbemannten Systemen zu Land, auf und unter Wasser;
4. zunehmende Stützung der Landstreitkräfte auf im Weltraum dislozierte Kommunikation, Aufklärung und zum Teil Steuerung;
5. Cyberkrieg.

Für die neuesten Waffensysteme existieren keine vertraglichen Kontrollsysteme, die ihnen Grenzen setzen könnten. Zur Entfesselung des Wettrüstens trägt die Aufkündigung von einst vereinbarten Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträgen erheblich bei. Das betrifft die einseitige Kündigung des ABM-Vertrages zur Begrenzung strategischer Raketenabwehrsysteme im Jahr 2002 durch die USA in der Kombination mit der Stationierung von US-Raketenabwehrsystemen in Polen und Rumänien, die in der russischen Wahrnehmung durch die Verkürzung von Vorwarnzeiten das strategische Gleichgewicht gefährden. Das betrifft ferner die US-amerikanische Aufkündigung des INF-Vertrages zur vollständigen Beseitigung atomarer Mittelstreckensysteme von 1987 und den Austritt der USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran. Die NATO-Staaten haben die Ratifizierung des modifizierten KSE-Vertrages über die Begrenzung konventioneller Streitkräfte in Europa gar nicht erst vorgenommen. Die Atommächte haben dem Beschluss der UN-Vollversammlung zur Ächtung von Atomwaffen nicht zugestimmt, die Bundesrepublik hat sich ihnen angeschlossen, nimmt allerdings einen Beobachterstatus im Kreis der Signatarstaaten wahr.

Wohin diese Entwicklung führt, zeigt der Krieg in der Ukraine mit aller Brutalität. «So bringt der Kriegsverlauf die Gefahr eines möglichen Kontrollverlusts in der Strategie der Abschreckung erneut ins allgemeine Bewusstsein.» (BICC u. a. 2022: 103) Deutlicher formuliert: Die Doktrin der Abschreckung hat versagt, die Gegenstrategie Gemeinsamer Sicherheit bietet die einzig mögliche friedliche Alternative – so realitätsfern dies mitten im Krieg auch zu sein scheint.

Die in vollem Gang befindliche nukleare Aufrüstung erfordert mit größter Dringlichkeit Widerstand und Alternativen. Die vier großen deutschen Friedensforschungsinstitute formulieren in ihrem «Friedensgutachten 2022» unter anderem als Mindestschritte: Deutschland sollte innerhalb der NATO für nukleare Deeskalation wirken. Eine Bewegung in dieser Richtung wäre die Verwirklichung der Vereinbarung von 1994 zwischen Washington und Moskau, der auch Großbritannien beigetreten war, nämlich die Zielzuweisung strategischer Trägerwaffensysteme aufzu-

heben. Ein großer vertrauensbildender Schritt wäre ein gegenseitiger Austausch permanenter Beobachter\*innen in den jeweiligen Kernwaffeneinsatzzentralen.

Deutschland sollte laut dem «Friedensgutachten 2022» an alle Kernwaffenstaaten appellieren, durch Einfrieren bestehender Arsenale ihren Verpflichtungen aus Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) nachzukommen. Es sollte erklären, sich an keinem Ersteinsatz von Kernwaffen zu beteiligen und bei den Kernwaffenstaaten für entsprechende «No First Use»-Erklärungen zu wirken. Die Militärdoktrinen der Atommächte USA, Russland, Großbritannien und Frankreich schließen einen möglichen Ersteinsatz durchaus ein. Nordkorea, Pakistan und Israel halten sich diese Option offen. Die Volksrepublik China hat einen Ersteinsatz für sich ausgeschlossen. Die Bundesrepublik sollte nach den Überlegungen der Friedensforschungsinstitute ihren Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe einleiten und deren Beendigung als ihr Ziel erklären. Deutschland sollte für ein Netzwerk eintreten, das auf eine kernwaffenfreie Zone in Europa zielt. Die auf Eis gelegten Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und Russland müssen wieder aufgenommen werden; darauf sollte die deutsche Regierung hinwirken.

## **2.7 STRUKTURELLE NICHTANGRIFFS-FÄHIGKEIT ALS ELEMENT GEMEINSAMER SICHERHEIT**

Als ein wichtiger Grundgedanke Gemeinsamer Sicherheit wurde in den Diskussionen der 1980er-Jahre die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit betrachtet. Für einen heute noch fernen Zeitabschnitt weiter existierender Bewaffnung auf hohem Niveau, jedoch möglicher Entspannung zwischen bisher gegnerischen Staaten wäre es ein bedeutender Fortschritt, wenn die Struktur der militärischen Kräfte zwar Sicherheit durch Verteidigungsfähigkeit böte, jedoch Sicherheit auch dadurch, dass beide Seiten strukturell angriffsunfähig wären. Die Theoretiker Gemeinsamer Sicherheit hofften, auf dem Wege vertrauensbildender Maßnahmen, bei glaubwürdigem Abbau von Bedrohungen der Gegenseite, bei sichtbarer Anerkennung von Sicherheitsinteressen des Gegners: «Der Übergang zu einem militärischen Defensivpotenzial wäre sogar unter widrigsten Umständen möglich und funktioniert.» (Müller 1986: 171)

Doch wieder ist zu fragen, ob ein Rückgriff auf diese Idee im Konzept Gemeinsamer Sicherheit angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine – und von Kriegen der NATO in den Jahrzehnten zuvor – sowie im Angesicht der hier skizzierten offensiven Hochrüstung nicht doch ein realitätsferner Traum ist. Aber wiederum ist solchen Bedenken entgegensetzen:

Wenn Rüstung und Krieg zu Unmenschlichkeit und Entzivilisierung führen, ist die Suche nach Alternativen unausweichlich. Wenn schon der generelle Abschied von Waffen für absehbare Zeit nicht realistisch ist – warum dann nicht wenigstens militärische Strukturen schaffen, die untauglich für Angriffe sind? Immerhin haben die USA und ihre Verbündeten, Bundeskanzler Olaf Scholz in Deutschland eingeschlossen, lange gezögert, der Ukraine schwere Waffen zu liefern. Mit den Beschlüssen zur Lieferung von Leopard-Panzern und Kampfflugzeugen wurde diese rote Linie zu Beginn des Jahres 2023 überschritten. Aber modernste Kampffjets und Langstreckenraketen bleiben für die meisten NATO-Staaten noch ein Tabu. Zweifelhaft ist, wie lange der Westen dies durchhalten wird. Aber zunächst deutet diese – wenn auch höchst beschränkte – Zurückhaltung darauf hin, dass der Gedanke nicht ganz verbannt werden kann, defensiven Strukturen unter bestimmten Bedingungen den Vorrang vor Offensivstrukturen zu geben.

Zumindest wäre eine naheliegende Erwägung, im Rahmen der Militärausgaben der Bundesrepublik solchen Ausrüstungsstrukturen zunehmendes Gewicht einzuräumen, die die Verteidigungsfähigkeit sichern, aber zu struktureller Angriffsunfähigkeit tendieren. Die Liste deutscher Rüstungsprojekte ist allerdings fern von solchem Gedanken.

Albrecht von Müller, viele Jahre in der Max-Planck-Gesellschaft wissenschaftlich tätig, Gründungsdirektor des European Center for International Security (EUCIS), Gründer der Parmenides Foundation und wiederholt Regierungsberater, hält an der Idee struktureller Angriffsunfähigkeit auch mitten in der Vorbereitung beider Seiten im Ukrainekrieg auf neue Offensiven fest. Unter der Überschrift «Ein alter neuer Denkansatz für die Beendigung des Ukrainekrieges» schrieb er:

«Wir sollten eine qualitative Weiterentwicklung des konventionellen Kräfteverhältnisses in Richtung einer eindeutigen, wechselseitigen Verteidigerdominanz als einen qualitativ neuen Lösungsansatz zum Leitmotiv unserer Überlegungen machen. Als ersten Schritt sollten wir – wie in JACOS und JOSIM schon einmal erfolgreich praktiziert – von führenden Militärs beider Seiten gemeinsam die Möglichkeiten der praktischen Umsetzung dieser neuen politischen Zielsetzung überprüfen und erarbeiten lassen. [...] Die Parmenides Stiftung beabsichtigt, dazu führende Militärs Russlands, der Ukraine sowie der NATO zu einer Serie von Arbeitstreffen einzuladen. [...] Es geht hierbei um nichts weniger als die Herausbildung einer strukturell abgesicherten Friedensordnung in Europa.» (Müller 2022: 90f.)

Was heißt strukturelle Nichtangriffsfähigkeit? Von Müller definiert:

«Darunter versteht man ein Kräfteverhältnis, in dem die Verteidigungsfähigkeit beider Seiten eindeutig größer ist als die Angriffsfähigkeit des jeweiligen Gegenübers. Zu erreichen ist dies, indem man für großräumige Angriffe und Eroberungen erforderlicher Waffensysteme stark begrenzt, während man eher für Verteidigungszwecke geeignete Waffensysteme nicht limitiert. (Der hier gemachte Unterschied ist in Bezug auf einzelne Waffensysteme nicht völlig trennscharf, auf der Ebene ganzer Dispositionen lässt er sich jedoch sehr wohl treffen.)» (Ebd.)

Die bei Albrecht von Müller in den jüngeren Diskurs eingebrachte «wechselseitige Verteidigerdominanz» bezieht sich, wie er in den zitierten Passagen andeutet, auf konventionelle Bewaffnung. Vorausgesetzt ist offenbar, dass nicht eine der beteiligten Seiten ein erstrebtes Übergewicht der Verteidigungsfähigkeit gegenüber Offensivpotenzialen atomar ad absurdum führt. Das bedeutet, die internationale Verurteilung und Ablehnung des Einsatzes von Kernwaffen müsste derartig überwältigend werden, deutlich auch von Mächten wie China, Brasilien und Südafrika vertreten, dass es nicht zu einer atomaren Korrektur einer möglichen Verteidigerdominanz kommen kann. Die atomare Zweitschlagsfähigkeit der USA und Russlands, die beide Seiten vom Einsatz atomarer Waffen abhält, gehört nach gegenwärtiger Lage zu dieser Voraussetzung.

Aber zugleich gehört zur Herausbildung struktureller Nichtangriffsfähigkeit, der Versuchung eines niedrigschwelligen Atomwaffeneinsatzes zu widerstehen. Mini Nukes, taktische Atomwaffen, Nuklearwaffen kurzer und mittlerer Reichweite müssten in neuen Abrüstungsrunden verboten und vernichtet werden. Der Übergang zu konventioneller struktureller Nichtangriffsfähigkeit wäre mit einem Prozess atomarer Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu verbinden. Mit der Vernichtung und dem Verbot von nuklearen Waffen im Rahmen des INF-Vertrages war in Mitteleuropa ein solcher Schritt bereits realisiert worden. Er ist also nicht unmöglich. Er geht in die Richtung einer erstschlagsresistenten, aber nicht erstschlagsgeeigneten Armee. Heute wäre ein erneuter bescheidener Schritt in solche Richtung, eine schnelle Einsetzbarkeit von Atomwaffen durch eine physische Trennung bei der Dislokation von Trägersystemen und Gefechtsköpfen auszuschließen. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit bedeutet nicht unbedingt Nulllösungen bei offensivfähigen konventionellen Waffen, aber Ausstattung unterhalb einer kritischen Masse, die für strategische und operative Angriffe notwendig wäre. Sie macht einen militärischen Sieg unwahrscheinlich, sichert aber hinreichende Verteidigungsfähigkeit. «Strukturelle Absicherung» (einer Friedensordnung in Europa – D.K.) bedeutet, dass die Entscheidung, einen Angriffskrieg zu führen, nicht kurzfristigem Gutdünken unterliegt, sondern aufwändige, zeitrau-

bende und klar erkennbare Maßnahmen der Umrüstung des eigenen militärischen Dispositivs erfordern würde.» (Ebd.)

1989/90 hätte eine Politik Gemeinsamer Sicherheit, des Übergangs zu struktureller Nichtangriffsfähigkeit das Tor zu einer globalen Friedensordnung öffnen können. Die USA befanden sich militärisch und ökonomisch in einer einmaligen Position der Überlegenheit. Sie hatten auf einem Weg zu Gemeinsamer Sicherheit und struktureller Abrüstung nichts zu befürchten. Die Sowjetunion der Ära Gorbatschows war weit geöffnet für ein solches Konzept. Albrecht von Müller war übrigens damals Berater Michael Gorbatschows. Aber die historische Chance wurde verspielt.

### Festzuhalten

*Heute ist die Umkehr vom heißen Krieg in der Ukraine zu Gemeinsamer Sicherheit weit schwieriger als nach dem Ende des Kalten Krieges. Aber gerade deshalb bedarf es einer strategischen Vorstellung von möglichen Auswegen. Doch die Bundesrepublik hat «keine strategische Kultur», wie der Brigadegeneral a. D. Erich Vad, früher militärischer Berater der Bundeskanzlerin Merkel, beklagt (Vad 2022: 73). «Die deutsche wie die europäische Politik üben sich gleichermaßen in strategischer Ratlosigkeit.» (Weidenfeld 2022: 99) Gemeinsame Sicherheit und als eines ihrer Grundelemente strukturelle Nichtangriffsfähigkeit könnten eine klare Orientierung für eine Friedensstrategie sein. Die Ukraine und Russland haben elementare Sicherheitsinteressen. Gemeinsame Sicherheit könnte eine konstruktive Antwort darauf sein. Ausgangspunkte wären vertrauensbildende Gespräche der Beteiligten, sowohl zwischen Militärs als auch zwischen Wissenschaftler\*innen, Politiker\*innen; ferner Waffenstillstandsverhandlungen, begleitet von den Vereinten Nationen oder der OSZE und unterstützt von internationalen Schwergewichten, vielleicht von China, Brasilien oder der Türkei, und in gemeinsamen Suchprozessen ein Verhandlungsfrieden.*

## 2.8 KOOPERATION ALS GRUNDELEMENT GEMEINSAMER SICHERHEIT

*Wenn Frieden nicht gegeneinander, sondern nur noch miteinander erreicht werden kann, wird Kooperation zum Gebot internationaler Beziehungen – in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, in der Wirtschaft und zur Bewältigung der ökologischen, sozialen und kulturellen Herausforderungen.*

Kooperation ist ein universelles Prinzip Gemeinsamer Sicherheit. Die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung beispielsweise beruht darauf, dass 70 bis 80 Prozent des benötigten grünen Wasserstoffs importiert werden müssen – aus befriedeten Regionen.

Da das Konzept Gemeinsamer Sicherheit vorrangig aus dem Zwang entstand, der Bedrohung eines Nuklearkrieges zu entgehen, war der Diskurs über Kooperation in den 1980er-Jahren stark auf Schritte der militärischen Entspannung konzentriert. Diskutiert und realisiert wurden die Offenlegung von Informationen der Gegenseite über das eigene Militärpotenzial und eigene Militäraktivitäten wie Manöver, Verifikationsvereinbarungen als Teil der Rüstungskontrolle, Beobachtung von Manövern durch Militärs der Gegenseite und Hinwendung zu friedlicher Konfliktbearbeitung, wo Konfliktvermeidung nicht erfolgreich war. Für die Gegenwart wird die Bundesregierung im «Friedensgutachten 2022» gemahnt: «Die Bundesrepublik genießt weltweit hohe Anerkennung und sollte daher eine aktive Rolle übernehmen. Hierzu sollten die Expertise und Fähigkeiten zu politischen Vermittlungstätigkeiten ausgebaut werden.» (BICC u. a. 2022: 46) Angesichts des Umstandes, dass Al-Qaida, der Islamische Staat (IS) und verbündete dschihadistische Gruppen im Jahr 2020 an 28 von 54 innerstaatlichen militärischen Konflikten unter Beteiligung mindestens eines staatlichen Akteurs aktiv waren, heißt es weiter: «Die Bundesregierung sollte sich für einen Dialog mit Dschihadist\*innen einsetzen, um Gewalt zu beenden.» (Ebd.) Wenn dies für internationale Terrororganisationen gilt, wenn Bundeskanzler Scholz Kooperationen sogar mit Saudi-Arabien vereinbart hat – bis zur Lieferung von Komponenten für die im Jemenkrieg eingesetzten saudischen Kampfflugzeuge –, sind die Forderung nach aktiver Dialogpolitik und die Suche nach Kooperationsansätzen wohl auch im Verhältnis zu Russland gerechtfertigt.

Zum Konfliktmanagement gehört, so wurde in den 1980er-Jahren am Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik diskutiert, dass «beide Seiten sich ihre wirklich bedeutsamen Interessen möglichst eindeutig mitteilen. Insofern (aber auch nur dann) sind sogar mit offenen oder versteckten Drohungen verbundene Botschaften funktional, weil sie der Gegenseite einerseits die Schwelle zum casus belli, andererseits die Objekte, um die es dabei ginge, unmissverständlich vor Augen führen. Die sogenannte Carter-Doktrin zum Beispiel proklamierte klar vernehmlich das amerikanische Interesse an der Golfregion wie auch die potenziellen Konsequenzen einer sowjetischen Intervention in diesem Gebiet [...] Die Auswertung heutiger Abschreckungsdrohungen dient dabei nur der Klarstellung der Frage, welche Objekte und Ziele keinesfalls bedroht werden dürfen, da ihre Bedeutung groß genug wäre, den Kriegsfall herbeizuführen.» (Müller 1986: 180)

US-Interessen an der Golfregion betrafen ein geografisch viel weiter von den Vereinigten Staaten entferntes Gebiet als das Nachbarland Ukraine von Russland. Hätten doch die USA und ihre Verbündeten die eindeutigen Verständigungsangebote und die warnen-

den Signale Putins in seiner Rede 2001 im Deutschen Bundestag und auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 ernst genommen, statt die NATO gen Osten zu erweitern, die Ukraine politisch, militärisch und finanziell an die NATO zu binden und in Polen und Rumänien Raketenabwehrsysteme zu stationieren, die auf russischer Seite als strategisch relevant betrachtet werden!

Der damalige Diskurs zu Gemeinsamer Sicherheit sollte verantwortungsvoll verarbeitet werden. Die chinesische Führung hat beispielsweise unmissverständlich ihre Interessen in der Taiwanfrage deutlich gemacht. Ignoranz im Falle des Taiwankonflikts könnte noch weit verheerendere Folgen haben als die Missachtung der russischen Interessen im Vorfeld des Ukrainekrieges.

Eine wesentliche Dimension der Kooperation ist ihre wirtschaftliche Seite. Ökonomische Kooperation ist ein Phänomen des Vergesellschaftungsprozesses. Die modernen Produktivkräfte haben selbst so sehr einen gesellschaftlichen Charakter, dass unternehmensinterne, regionale, nationale und globale Arbeitsteilung die Folge ihrer Entwicklung ist – zumindest potenziell zum Vorteil der Beteiligten. In der Realität werden höchst ungleiche Gewinne aus Kooperationsbeziehungen durch asymmetrische Machtverteilung zwischen den Akteuren bestimmt.

Sicherheitspolitisch betrachtet konstituieren Wirtschaftsverflechtungen ein Interesse der Beteiligten an einem störungsfreien Funktionieren der Kooperation, vor allem an friedlichen Rahmenbedingungen. Sie sind daher ein wichtiges Element Gemeinsamer Sicherheit. Sie haben in den vergangenen Jahrzehnten erheblich zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen innerhalb der Europäischen Union und zwischen ihren Mitgliedstaaten und anderen Weltregionen beigetragen.

Dass der Angriffskrieg gegen die Ukraine schließlich nicht verhindert wurde, kann nicht gegen das friedensstiftende Potenzial der Kooperation ins Feld geführt werden. Denn auch die in der gesamten Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges parallel zu Kooperationsbeziehungen beibehaltene Strategie der militärischen Abschreckung hat den Krieg nicht abgewendet. Eher gilt, dass es nicht zu viel, sondern zu wenig Kooperation, zu wenig Einbettung von Wirtschaftskooperation in politische Entspannungspolitik gab. «Rote Haltelinien» wurden bewusst missachtet.

Gegen solchen Standpunkt wird eingewendet, die Kooperation habe zu einseitiger Abhängigkeit der EU von russischem Gas und Öl geführt und Putin ein Erpressungspotenzial in die Hand gegeben. Vor allem deshalb, weil Deutschland und andere EU-Länder seit Jahrzehnten die Ablösung fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien nur zögerlich und mit großen Zeitverlusten betrieben haben, verfügt

Russland über eine solche Druckmöglichkeit. Aber insgesamt gilt die Einschätzung des Münchner Ifo-Instituts, dass «Russland einseitig von der EU als Zulieferer und als Abnehmer abhängig ist, während Russland für die EU eine untergeordnete Rolle als Handelspartner spielt.» (Gröschl/Teti 2021: 43) Westliche Sanktionen versperren den Zugang Russlands zu hochtechnologischen Komponenten. Finanzsanktionen verhindern den Zugriff auf internationale Kredite. Hunderte Milliarden russische Devisen in westlichen Ländern wurden eingefroren. Der Import von Energie und Rohstoffen aus Russland wurde bereits reduziert, ehe Putin dazu kam, den Westen durch Exportverbote für russische Extraktionsgüter zur Rücknahme von Sanktionen zu bewegen. Das Ziel ist, «den Kollaps der russischen Wirtschaft zu provozieren» (Bruno Le Maire, französischer Finanzminister); die Finanztransaktionen «werden Russland ruinieren», verheißt Annalena Baerbock (Le Maire und Baerbock zit. n. Kaufmann 2022b). «Seit 1930 ist kein Land derart umfassend vom globalen Handel ausgeschlossen worden», schätzt Nikolas Mulder für den Internationalen Währungsfonds (IWF) ein. Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des US-Senats, Bob Menendez, lobt das westliche Sanktionspaket als «Mutter aller Sanktionen» (Menendez zit. n. Kaufmann 2022a).

Zum Teil kann Russland die Wirkungen dieser Sanktionen durch Wirtschaftsbeziehungen zu China, Indien und anderen Staaten ausgleichen, die sich der Sanktionspolitik nicht anschließen. Zum Teil werden Einnahmeverluste durch Preissteigerungen für russische Exporte auf den internationalen Rohstoff- und Energiemärkten ausgeglichen. Vor allem Sanktionen, die die russische Rüstungsindustrie, die mit Putin verbundenen oligarchischen und andere Führungskreise treffen, können zur Schwächung der aggressiven Kräften Russland beitragen und verdienen Zustimmung.

Der Ausschluss des riesigen russischen Wirtschaftsraums aus den globalen Wirtschaftsbeziehungen ist jedoch keine Perspektive für Sicherheit in Europa und in der Welt. Im Diskurs über Gemeinsame Sicherheit wurde schon früh herausgearbeitet, dass es nicht auf eine Reduzierung der Arbeitsteilung ankäme, sondern darauf, einseitige Abhängigkeiten und damit asymmetrische Machtkonstellationen zu vermeiden. Dort, wo sie partiell durch natürliche Bedingungen gegeben sind, etwa durch die Konzentration bestimmter Rohstoffvorkommen bei den einen oder anderen Wirtschaftspartnern, müssten sie durch Übergewichte auf anderen Gebieten paralytisch werden.

«Gemeinsame Sicherheit könnte man dahingehend verstehen, dass beide Seiten im Rahmen dieses Konzepts die Sicherheit gewinnen, dass im Handel entscheidende Abhängigkeiten nicht einseitig ausgenutzt werden, dass

die Partner in Ost und West sich permanent bemühen, die im Zuge der Handelsgeschäfte entstehenden Abhängigkeiten gegenseitig in einer positiven Balance zu halten» und die Bedingungen «einer gegenseitig ausgewogenen Abhängigkeit zu gestalten» (Bolz 1987: 132f.).

Das wäre der – bisher unerfüllte – postkoloniale Traum vieler Entwicklungsländer in der nach wie vor hierarchischen internationalen Wirtschaftsordnung. Das ist aber auch als Gestaltungsaufgabe im Verhältnis zu

Russland und China zu verstehen. Die – im Vergleich zu den Wirtschaftsbeziehungen insgesamt – partielle Abhängigkeit von russischen Öl- und Gaslieferungen zum Beispiel sollte perspektivisch durch gemeinsame Anstrengungen beim Ausbau erneuerbarer Energien ersetzt werden. Mit solchem Ausblick sollten in Gesprächen mit der russischen Seite über Waffenstillstand und Friedensverhandlungen die Aussicht auf Reduzierungen und schließlich ein Ende der Sanktionspolitik angeboten werden.

### 3 GEMEINSAME SICHERHEIT – EIN KONZEPT FÜR DIE GLOBALE EBENE

In den vorangegangenen Abschnitten dieser Arbeit wurde das Konzept Gemeinsamer Sicherheit zunächst vor allem mit dem Blick auf den Krieg in der Ukraine und damit vorwiegend auf Europa bezogen behandelt. Aber dieser Krieg hat sich zum Schauplatz eines Weltordnungskampfes zwischen Russland, das einen Wiederaufstieg in die erste Reihe der großen Mächte erstrebt, und den USA, die den Krieg als Chance ansehen, Russland dauerhaft als geopolitische Macht auszuschalten, entwickelt. Zwangsläufig treten damit globale Zusammenhänge hervor.

*Ehedem wurde die Doktrin Gemeinsamer Sicherheit vorwiegend im Verhältnis des Westens zur Sowjetunion entwickelt und in gewissem Maße politisch umgesetzt. Heute ist ein entscheidender Unterschied zu damals, dass Sicherheit nicht ohne China und andere große Mächte und Regionen gedacht werden kann. Die Doktrin Gemeinsamer Sicherheit ist daher nicht mehr allein als Konzeption und Politik zur Gestaltung einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur zu verstehen. Darüber hinaus ist ihre Eignung als generelle Doktrin für friedliche internationale Beziehungen zu prüfen. Das erfordert eine Verständigung über Grundtendenzen in den internationalen Machtkonfigurationen. Zu fragen ist, ob und wie eine Politik Gemeinsamer Sicherheit diese Tendenzen beeinflussen könnte.*

In Zeiten der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus mit den USA und der Sowjetunion als unumstrittene Führungszentren der Blockkonfrontation war die internationale Konstellation überschaubar und in begrenztem Maße berechenbar. Beide Seiten wussten, dass die atomare Zweitschlagsfähigkeit der jeweils anderen Seite und die relative Geschlossenheit der beiden Lager verboten, die Interessensphäre des Gegners ernsthaft infrage zu stellen. Das war eine günstige Voraussetzung für Bewegungen in Richtung Gemeinsamer Sicherheit – stets belastet von der nicht auszuschließenden

Möglichkeit eines unbeabsichtigten oder beabsichtigten Atomkrieges.

Die Zeit dieser Bipolarität ist vorbei. Welche Szenarien einer künftigen Weltordnung zeichnen sich ab? Welche Stellung könnte eine Politik Gemeinsamer Sicherheit in diesen Szenarien gewinnen?

Im Folgenden werden Varianten der globalen Ordnung oder Weltunordnung im Globalisierungsdiskurs erörtert. Die Prozesse, die sie beschreiben, sind teils miteinander verflochten, teils widersprechen sie sich oder schließen einander aus.

#### 3.1 SZENARIO I: UNIPOLARITÄT

Nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Implosion der Sowjetunion hatte Bipolarität die Weltordnung bestimmt. USA und UdSSR bildeten die Zentren der jeweils von ihnen beherrschten Bündnissysteme. Nach dem Scheitern des Staatssozialismus in Europa trat Unipolarität an die Stelle des zweipoligen Weltsystems. Die US-Machteliten sehen sich im Zentrum einer unipolaren Welt, in der sie unangefochten die Regeln nach dem Prinzip «America first» setzen und notfalls mittels «humanitärer Interventionen» ihre eigenen Interessen auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen suchen. Alle Präsidenten der USA nach 1990 hielten an diesem globalen Herrschaftsanspruch fest.

Diese Konstellation ist spätestens seit dem Terrorangriff auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 und seit dem Scheitern der Verwestlichung der Welt in Afghanistan in Erosion begriffen. Aber die Weltmachtansprüche der USA wirken weiter. Ausdruck dessen sind die Rüstungsausgaben der USA, die die Militäraufwendungen der Volksrepublik China um das Dreifache und die Russlands um das Zehnfache übertreffen. Über 800 US-Militärstützpunkte in 140 Staaten und globale maritime Präsenz

bilden die materielle militärische Infrastruktur für die Dominanzstrategie der USA.

### Rüstungsausgaben 2022 in Milliarden US-Dollar

USA	877
China	292
Russland	86,4
Indien	81,4
Saudi-Arabien	75
Vereinigtes Königsreich	68,5
Deutschland	55,8
Frankreich	53,6
Südkorea	46,4
Japan	46
Ukraine	44
Italien	33,5

Quelle: Statista 2023

Auf militärischem Gebiet sind die USA für absehbare Zeit die dominierende Weltmacht. Aber der Instrumentalisierung dieser Macht für politische Herrschaftsansprüche in der Welt sind Grenzen gesetzt, vor allem durch die gesicherte atomare Zweitschlagsfähigkeit Russlands und Chinas. Die militante Politik des US-bestimmten Unilateralismus ist unverträglich mit den Grundprinzipien Gemeinsamer Sicherheit. Hochrüstung und Abschreckung sind der Gegenpol zu Gemeinsamer Sicherheit. Ein Denken im Rahmen «Demokratien versus Autokratien» verdeckt zum einen, dass die Demokratien selbst durchweht sind von autoritären Prozessen (Trumpismus, Bolsonarismus, Modis Herrschaftsform in Indien, autokratische Regime wie in der Türkei, in Ungarn und Polen, die Regierung Meloni in Italien mit neofaschistischen Wurzeln, rechtsextreme Strömungen wie die von Le Pen in Frankreich, die Schwedendemokraten und die AfD). Zum anderen wird in diesem Denkschema die Sicherheit auf gefährliche Weise der Betonung von ideologischer Polarisierung untergeordnet. Chancen für Kompromisse über systemische Grenzen hinweg werden ausgeschlagen.

Wenn die USA an einer Weltordnungspolitik nach ihrem Diktat festhalten, könnte dies zusammen mit anderen Krisen, insbesondere mit Umweltkrisen, zu einer Phase voller Konflikte mit anderen Mächten, vor allem mit China und Ländern des globalen Südens, zu

weiterer Erosion der Demokratie, zu einer qualvollen Phase globaler Anarchie führen (Streeck 2016, 2015a u. 2015b; Wallerstein u. a. 2014: 228; Masala 2022: 11 u. 180).

Und doch: Auch die USA in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit, verhaftet in militanter Dominanzpolitik, werden sich dem Druck solcher krisenhaften Prozesse und gemeinsamen Bedrohungen nicht entziehen können, deren Abwehr dringlich eine Politik Gemeinsamer Sicherheit erfordert, vor allem nicht der gemeinsamen Gefahr eines Nuklearkrieges. Das gilt auch für andere globale Gefahren, vorrangig für die Drohung einer Klimakatastrophe, der nur in weltweiter Kooperation, nicht zuletzt mit China, mit Erfolgsaussichten zu begegnen ist. Nach Schätzungen der OECD vermindert der Ukrainekrieg die globale Wirtschaftsleistung allein im Jahre 2023 um 2,8 Billionen US-Dollar. Das schädigt auch US-amerikanische Unternehmen, trotz des Booms der Rüstungsindustrie. Ökonomisch sind die USA noch immer die stärkste globale Macht, gestützt auf die Stellung des US-Dollars als führender Weltwährung, vorherrschend auf den globalen Finanzmärkten und an der Spitze wissenschaftlich-technischer Hochleistungen. Aber gemessen am Anteil ihrer Wirtschaft am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt liegen sie bereits hinter China und nur noch knapp vor der EU. Auf einigen wichtigen hochtechnologischen Gebieten hat China schon zu den USA aufgeschlossen oder hat sie bereits überholt.

Politisch führend sind die USA noch in der NATO-Welt. Im Ukrainekrieg konnten sie ihre Vormacht im Westen stärken. Aber China und Russland stehen ihrer politischen Macht entgegen. Die BRICS-Staaten und die Beitrittskandidaten zu dieser Allianz<sup>1</sup> stellen die eigene Souveränität über eine politische Führung durch die USA. Gescheitert sind die Illusion der Demokratisierung des Globus unter US-amerikanischer Ägide, die Illusion der Lösung von Problemen durch militärische Interventionen, die Illusion, internationale Organisationen dauerhaft der Herrschaft der USA unterwerfen zu können, und die Illusion, das Völkerrecht durch eine von den Vereinigten Staaten bestimmte «regelbasierte Ordnung» (Masala 2022: 21–62) ersetzen zu können, deren Regeln allerdings für die USA selbst nur gelten, wenn es gerade in ihrem Interesse liegt (Paech 2021: 39–47). Die Länder des globalen Südens sind vielfach noch abhängig von den USA, doch sie sind auf dem Weg, sich von deren Vorherrschaft zu lösen.

Die EU liegt gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten etwa auf gleicher Höhe wie die USA hinter China. Sie ist ein starker Konkurrent der

<sup>1</sup> BRICS ist ein Akronym der zugehörigen Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Zu den Beitrittskandidaten gehören unter anderem Ägypten, Bahrain, Indonesien, Mexiko, Nigeria und die Vereinigten Arabischen Emirate.



Vereinigten Staaten, hat aber auf entscheidenden Gebieten der digitalen Revolution beachtliche Rückstände. Weltpolitisch hat sich die Europäische Union im Verlauf des Ukrainekrieges noch mehr als zuvor zum Anhängsel der USA gemacht. Ihr ökonomisches Potenzial, ihre jahrzehntelang guten Wirtschaftsbeziehungen zu Russland, die historische Leistung einer Friedensstiftung zwischen den Mitgliedstaaten der Union nach dem Zweiten Weltkrieg sind Potenzen, die Europa in eine globale Gemeinsame Sicherheit einbringen und auf solchem Weg eine eigenständige positive Stellung in einer multipolaren Welt einnehmen könnte. Aber der Westen schlug schon nach 1990 die Chance in den Wind, zu einer sozial-ökologischen Neuordnung in den ehemals staatssozialistischen Ländern beizutragen und zugleich sich selbst nachhaltig zu verändern (Holmes/Krastev 2019). Stattdessen wurde das schon damals auf neue tiefe Krisen zusteuernde System des Westens auch noch auf den Osten ausgedehnt. So wie damals der Westen, so verweigert sich die Europäische Union gegenwärtig abermals einer historischen Herausforderung: der Möglichkeit, als friedensstiftende Region eine eigene vermittelnde Rolle zwischen den USA und Russland sowie China zu übernehmen. Von Europa ging einst die Idee Gemeinsamer Sicherheit aus. Heute haben sich die Machteliten Europas von ihr abgekehrt. Überfällig ist ein Abschied von dieser Abkehr.

### 3.2 SZENARIO II: NEUE BIPOLARITÄT

Verschiedene Prozesse deuten auf die Tendenz zu einer neuen Bipolarität in der Welt hin. Auf seiner ersten Pressekonferenz als US-Präsident am 25. Mai 2021 proklamierte Joe Biden, was China auf keinen Fall werden dürfe: «das führende Land der Welt, das wohlhabendste Land der Welt, das mächtigste Land der Welt. Das wird nicht passieren, nicht mit mir» (Biden zit. n. Klare 2021: 50). Doch die USA werden ihre Superiorität nicht auf Dauer gegen die Volksrepublik China durchsetzen können. Die Vereinigten Staaten haben den Zenit der «America first»-Politik überschritten, während China auf dem Weg zur mächtigsten Wirtschaftsmacht der Welt ist. Frühere Ablösungen einer Weltmacht durch eine andere vollzogen sich in der Regel verbunden mit Kriegen. Die existenzielle Frage heute ist, ob diesmal ein Übergang zu einer Welt ohne die Vormacht der USA – ob zu einer bipolaren oder zu einer multipolaren Ordnung – friedlich vor sich gehen wird. Kann dieser Übergang nach den Prinzipien Gemeinsamer Sicherheit erfolgen?

Der Krieg in der Ukraine könnte als Vorzeichen für eine negative Antwort auf diese Frage verstanden werden. Würde eine neue Bipolarität – neu im Verhältnis zur früheren Systemkonfrontation zwischen Ka-

pitalismus und Staatssozialismus – die kommenden Jahrzehnte bestimmen, so wären die als Dominanzmacht nicht mehr unangefochtenen USA der eine Pol, der andere die Volksrepublik China. Diese ist, gemessen an dem Anteil am globalen Bruttoinlandsprodukt, bereits zur größten Wirtschaftsmacht vor dem Vereinigten Staaten aufgestiegen. Ihr Anteil betrug im Jahr 2022 18,48 Prozent, der der USA 15,57 Prozent. Am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf gemessen liegt China noch beträchtlich hinter den USA. Der Anteil Chinas an den Weltexporten ist von 1,2 Prozent im Jahr 1991 auf 12,7 Prozent 2021 gestiegen, der der USA von 13,39 auf 9,1 Prozent gesunken. Und dies, obwohl China zwar vor der globalen Finanzkrise stark exportorientiert war, sich aber seitdem stärker binnenmarktzentriert entwickelte.

Unter den 100 größten transnationalen Konzernen (ohne Finanzunternehmen) hatten 1990 27 und im Jahr 2019 noch 19 ihren Stammsitz in den USA. 1990 waren chinesische Unternehmen unter den 100 größten der Welt überhaupt nicht vertreten, 2019 zählten bereits neun dazu. Am meisten beunruhigend für die US-Machteliten ist der Aufstieg Chinas als Technologiemacht. Noch sind die USA auf diesem zukunftsentscheidenden Feld führend. Die Abhängigkeit Chinas von ausländischen Patenten und Lizenzen auf wichtigen Gebieten ist dagegen weiter gestiegen. Nach Angaben der Weltbank wuchs das Leistungsbilanzdefizit Chinas bei Zahlungen für die Nutzung ausländischen geistigen Eigentums von 488 Millionen US-Dollar im Jahr 1997 auf 35 Milliarden im Jahr 2021. Der Leistungsbilanzüberschuss der USA auf diesem Feld stieg im selben Zeitraum von 24,1 Milliarden US-Dollar auf 81,3 Milliarden (Sablowski 2023: 71). Aber chinesische Unternehmen sind weltweit bereits führend unter anderem in der Produktion von Hochleistungszügen, Windrädern, Satellitensystemen, Flüssigkristalldisplays, Mobilfunknetzen der fünften Generation/5G und vielen Anwendungen der Künstlichen Intelligenz (ebd.).

China wird von den USA, in Strategiedokumenten der NATO und der EU ausdrücklich als gefährlichster «systemischer Rivale» «im Ausscheidungskampf [!] zwischen Demokratien und Autokratien» (Biden zit. n. Klare 2021: 50) bezeichnet. Der Volksrepublik wird in der Realpolitik der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten gleiche Augenhöhe nicht zugestanden.

US-Amerikanische Flottenmanöver in der Nähe der chinesischen Grenzen sollen die Übermacht des Westens demonstrieren. In den 1980er-Jahren dagegen hatte ein wichtiges Prinzip Gemeinsamer Sicherheit bereits politikwirksame Anerkennung gewonnen:

«Oberster Grundsatz einer Konflikteindämmungsstrategie muss darüber hinaus sein, schon im Zweifelsfalle Zurückhaltung zu üben, etwa, wenn eine Region nicht eindeutig einem Akteur zugeteilt ist, oder wenn die sub-

jektive Bedeutung eines Objekts für die Gegenseite nicht zweifelsfrei abschätzbar ist.» (Bahr/Lutz 1986: 180)

Die Präsenz von US-Flottenverbänden im Süd- und Ostchinesischen Meer, die Entsendung einer deutschen Fregatte dorthin und der Besuch US-amerikanischer Spitzenpolitiker\*innen und deutscher Bundestagsdelegationen in Taipeh sind das Gegenteil solcher Vorsicht. Egon Bahr hatte gemahnt: «Der Taiwan-Konflikt ist nur ein Beispiel dafür, dass Kooperation der einzig zukunftsfähige Weg ist.» (Bahr 2015: 171)

Für diesen Konflikt gilt in besonderem Maße, die Interessen und Wahrnehmungen der Gegenseite, in diesem Fall Chinas Grundprinzip der Wahrung seiner territorialen Einheit unter Führung der Kommunistischen Partei, und Warnungen der chinesischen Führung vor dem Überschreiten dieser «roten Linie» überaus ernst zu nehmen. Wird dies nicht respektiert, droht die Gefahr eines Krieges, der weit umfassender und schrecklicher sein könnte als der Krieg in der Ukraine. Als verhängnisvoll würde sich erweisen, aus den Versäumnissen des Westens im Vorfeld des Ukrainekrieges nichts für das Verhältnis zu China zu lernen.

Stattdessen verstärken die USA ihren Wirtschaftskrieg gegen China (Müller 2023a: 22–26, 2023b). Seit Jahren übt die US-Regierung Druck auf Deutschland und andere Verbündete aus, beim Aufbau des schnellen Mobilfunkstandards 5G auf Produkte des chinesischen Konzerns Huawei zu verzichten. Schweden hat sich diesem Druck bereits gebeugt und den Einsatz von Huawei- und ZTE-Technologien für 5G-Netze untersagt. Im Herbst 2022 wurde ein grundsätzliches Verbot des Einsatzes von chinesischen Telekommunikationsausrüstungen in den USA verhängt. Das betrifft vor allem Huawei und ZTE, aber auch Hytera Communications, Hangzhou Hikvision Digital Technology und Dahua Technology.

Im Oktober 2022 erließ Präsident Biden ein Verbot von Lieferungen modernster Chips und von Anlagen zur Entwicklung und Herstellung dieser Chips an China. Auf die Volksrepublik entfällt zwar mehr als ein Drittel der globalen Halbleiterproduktion. Doch deckt sie nur 16 Prozent des eigenen Chipverbrauchs ab und ist bei den hochleistungsfähigsten Spitzenprodukten mit Strukturgrößen unter 18 Nanometer (noch) nicht konkurrenzfähig. Bei diesen Chips und bei Anlagen zur Fertigung der jüngsten Chipgeneration ist sie importabhängig von wenigen Unternehmen wie der niederländischen Gesellschaft ASML. Die aber stehen selbst unter dem Druck der USA. Die Vereinigten Staaten untersagen, in China an der Fertigung von ultrafeinen Chips mitzuwirken, sofern dabei Komponenten US-amerikanischer Herkunft eingebracht werden. Das ist jedoch im Gefolge hochgradig internationaler Vernetzung der Halbleiterbranche beinahe bei allen Produkten der Fall.

Um im imperialen Machtkampf die eigene Führungsposition mit allen Mitteln zu behaupten, nehmen die USA militärische Konfrontation und die Behinderung jener globalen Kooperation in Kauf, die für die Lösung der Menschheitsprobleme unserer Epoche unabdingbar ist. Gemeinsame Sicherheit hat in einer solchen neuen Bipolarität kaum eine Chance.

Jedoch – der Aufstieg Chinas zur Weltmacht setzt der unipolaren Vormachtstrategie der USA Grenzen. Chinas Interessen können nicht mehr ignoriert werden. Ihre Missachtung wird kreuzgefährlich für die USA selbst und ihre Gefolgsstaaten. Die Sanktionspolitik des Westens gegen Russland und auch gegen China führt nicht allein zu einer neuen Bipolarität zwischen der alten und der neuen Großmacht. Diese Konfrontation tendiert zu einer neuen Blockbildung. Das transatlantische Bündnis unter Führung der USA könnte eine enge chinesisch-russische Allianz heraufbeschwören. Solche polarisierte Machtkonzentration auf beiden Seiten vergrößert die Gefahren, die von Konflikten ausgehen. Ein Funke kann zu einem Weltbrand führen.

Im glücklichen Falle allerdings könnte die Einsicht in solche Gefahr zu mehr Vernunft und Realpolitik auf beiden Seiten führen. Julian Nida-Rümelin hofft in diesem Zusammenhang:

«Eine neue Bipolarität der Weltordnung dieses Typs hätte insbesondere für die westliche Vormacht, die USA, aber auch für den gesamten Westen weitreichende Veränderungen zur Folge. Die Zeit humanitär motivierter Interventionen, die Zeit in der die NATO teilweise versuchte, die Rolle eines Weltpolizisten zu übernehmen, wäre dann endgültig zu Ende. Beide Seiten müssten dann auf die Stabilität dieser bipolaren Ordnung achten, Provokationen, die den gegnerischen Block betreffen, vermeiden und Konflikte nur in der Peripherie zulassen. Dies ist jedenfalls die Erfahrung des Kalten Krieges nach dem Zweiten Weltkrieg.» (Nida-Rümelin 2022: 16)

Bestenfalls könnte eine «ökonomisch moderierte Bipolarität» das Ergebnis sein (ebd.: 18ff.). Dafür müssten jedoch Denkweisen Gemeinsamer Sicherheit revitalisiert werden.

Bemerkenswert war der Verlauf eines dreistündigen Gesprächs zwischen Xi Jinping und Joe Biden am 14. November 2022 im Vorfeld des Gipfels der G 20 auf Bali. Nach der Darstellung in *german.chinatoday* vom 15. November erklärte Biden in diesem Treffen:

«Die USA respektierten das chinesische System und versuchten nicht, dieses zu ändern. Außerdem strebe man weder einen neuen Kalten Krieg noch die Wiederbelebung von Anti-China-Allianzen an. Der US-Präsident bekräftigte außerdem, dass die USA weder eine «Unabhängigkeit Taiwans» noch Vorstellungen wie «zwei China» oder «ein China, ein Taiwan» unterstützten. Es gebe keine

Bestrebungen, sich von China abzukoppeln. Und die US-Regierung versuche auch nicht, die Taiwan-Frage als Instrument zur Eindämmung Chinas zu nutzen. Vielmehr hoffe man auf Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße, so Biden.» (Jones 2022)

Solche Erklärungen der US-amerikanischen Seite kollidieren erheblich mit der Realität der US-amerikanischen Chinapolitik.

Doch auch ein Hoffnungsschimmer für die Idee Gemeinsamer Sicherheit wurde in diesem Treffen erkennbar:

«Am wichtigsten war die Entscheidung beider Parteien, einen festen Rahmen für ihre Beziehungen zu schaffen, der zukünftig verhindern soll, dass strittige Themen außer Kontrolle geraten. Dazu gehört auch die Aufrechterhaltung einer ständigen Dialogrunde auf verschiedenen Regierungsebenen, um die Dinge auf einem stabilen Kurs zu halten, wenn Probleme auftauchen, woran auch in der Zukunft kein Weg vorbeiführen dürfte. Präsident Biden beauftragte Außenminister Anthony Blinken, zu Folgegesprächen mit dem chinesischen Außenminister Qin Gang nach Beijing zu reisen, um einen solchen Rahmen auszuarbeiten.» (Ebd.)

Diese Reise hat inzwischen im Juni 2023 stattgefunden und zumindest eine weitere Verschärfung des Konflikts zwischen China und den USA vorläufig gedämpft. Gemeinsame Sicherheit entwickelt sich als Prozess, so wurde oben festgestellt. Sie beginnt mit bescheidenen Schritten, die einen «Vor-Schein» des künftig Möglichen bergen.

Von westlicher Seite wird bezweifelt, ob der chinesischen Führung solche Entspannungsfähigkeit zuge-  
traut werden kann. Doch die USA müssen sich fragen lassen, ob sie selbst angesichts einer kaum übersehbaren Folge von geheimdienstlichen und offen militärischen Invasionen in anderen Ländern friedensfähig sind.

*Die Interessenlage der Volksrepublik China dagegen spricht für ihre Friedens- und Reformfähigkeit, für eine Politik mit starkem Bezug auf Prinzipien Gemeinsamer Sicherheit:*

China ist an seinen Grenzen zu 14 Ländern konfrontiert mit konkurrierenden politischen Gegnern wie Japan und Südkorea als Bündnispartner der USA. In Japan sind 54.000 US-amerikanische Soldat\*innen mit modernen Waffen stationiert. In Südkorea sind US-amerikanische Raketenabwehrsysteme disloziert. Taiwan hat mit den USA ein Abkommen über deren militärische Unterstützung im akuten Kriegsfall unterzeichnet. Entscheidende Transportwege Chinas verlaufen über das Ost- bzw. Südchinesische Meer, wo US-amerikanische und britische Flottenverbände China herausfordern. Der Zugang zum Indischen Ozean verläuft durch die blockierungsanfälligen

Meerengen von Malakka, Lombok und Sunda (Neelsen 2020: 23–27).

Die Vierergruppe QUAD (Quadrilateral Defense Initiative/Dialogue), zu der die USA, Japan, Australien und Indien gehören, ist unverkennbar gegen China gerichtet. Japan ist in dem Transpazifischen Freihandelsprojekt TPPA führend, das Teil der Eindämmungspolitik gegen China ist.

Diese für China problematische geostrategische Lage birgt gute Gründe dafür, dass Chinas Interesse am Aufstieg zu einer Weltmacht eindeutig darauf gerichtet ist, den geopolitischen Machtkampf nicht vorwiegend militärisch, sondern weitgehend auf wirtschaftlichem Feld und darauf gestützt als sozialen und ökologischen Wettbewerb zu führen. Die Führung Chinas hat das Ziel, bis 2049 die Volksrepublik zu einem modernen sozialistischen Land zu entwickeln und bis 2035 auf dem Weg der Modernisierung einen bescheidenen Wohlstand des gesamten Volkes zu erreichen.

Dafür braucht sie friedliche Bedingungen und eine ökologisch intakte Umwelt. Sie braucht internationale Wirtschaftskooperation. Zwei Jahrhundertprojekte Chinas verkörpern eine entsprechende strategische Orientierung: Das sind die Seidenstraßen-Initiative (Belt and Road Initiative) und das Projekt Greater Area Bay. Gewiss zielt die chinesische «Strategy Going Global» auf die Stärkung der eigenen Wirtschaftskraft, auf Machtzuwachs Chinas in der internationalen Konkurrenz. Im herrschenden westlichen Diskurs wird dies als Aggressivität Chinas interpretiert.

Aber mitten in einer globalen Situation der Hochrüstung, der Rückkehr eines großen Krieges sogar in Europa, der Kündigung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträgen und der Propagierung von Feindbildern sind die beiden großen Entwicklungsprojekte viel eher als Chance für die Umkehr zu kooperativen internationalen Beziehungen zu verstehen.

Das Projekt der Neuen Seidenstraße ist das größte Kooperationsprojekt der Geschichte. 147 Staaten sind bisher daran beteiligt – weil sie Vorteile für sich davon erwarten. Allein China hat in dieses Projekt bereits mehr als 2.500 Milliarden US-Dollar investiert. Eine Hauptverkehrsrouten verbindet mit Güterzugstrecken China, die Mongolei und Russland, ferner China, Zentralasien und Westasien und insgesamt den Raum, der als neue eurasische Landbrücke bezeichnet wird. Die zweite Hauptverkehrsrouten stellt Seeverbindungen zwischen Chinas Ostküstenhäfen mit dem modernisierten Hafen Piräus in Griechenland und dem niederländischen Hafen Rotterdam her. Beide Routen werden untereinander verbunden und tragen mit vielen Zwischenstationen zur Modernisierung und Entwicklung der beteiligten Regionen, zu neuen Industrieansiedlungen, zu Infrastrukturinvestitionen auch in ländlichen Räumen bei. Sie bilden das

Verkehrsrückgrat einer erneuerten internationalen Wirtschaftsverflechtung und – hoffentlich – friedlicher internationaler Zusammenarbeit im Interesse aller Beteiligten. China bietet den Partnerstaaten der Neuen Seitenstraßen günstige Kreditbedingungen ohne solche «Reformauflagen», wie dem Washington Konsens gemäß bei IWF- und Weltbankkrediten üblich. Sicher entstehen dabei auch Interessenkonflikte, die aber im Rahmen von Kooperationsbeziehungen besser zu bearbeiten sind als mit konfrontativen Strategien.

Das Projekt Greater Area Bay betrifft das Perlflossdelta, das in das Südchinesische Meer einmündet. Die chinesische Führung plant, in dieser Region einen einheitlichen Wirtschafts- und Innovationsraum als ein Zentrum nicht allein der chinesischen Wirtschaft, sondern der Weltwirtschaft zu schaffen. Bereits gegenwärtig gibt es kaum einen Weltkonzern, der nicht in irgendeiner Weise in diesem im Bereich der Hochtechnologie explodierenden Raum angesiedelt ist. Der im Februar 2019 von der Zentralregierung verabschiedete «Outline Development Plan for the Guangdong-Hongkong-Macau Greater Area» zielt darauf, elf Städte, darunter Gunzhou (Kanton) und Shenzhen, mit den beiden Sonderverwaltungsgebieten Hongkong und Macau zusammenzuführen. Im Kapitel 1 dieses Plans heißt es anspruchsvoll: «Die Greater Bay Area besitzt die fundamentalen Voraussetzungen für eine internationale First Class Bay Area und ein World Class City Cluster.» (Hirn 2020: 245)

*Beide Großprojekte sind Ausdruck eines chinesischen Grundinteresses an einer Erneuerung internationaler Kooperation im Rahmen einer Weltordnung des Friedens.*

Deshalb ist China auch an einem Ende des Krieges in der Ukraine interessiert, mag dieser auch erhebliche Ressourcen des Gegenspielers USA binden. China liefert keine Waffen an Russland, die zu einer Verlängerung des Krieges beitragen könnten. Die chinesische Führung hat wiederholt im Kontext des Ukrainekrieges ihre Ablehnung eines Atomkrieges bekräftigt. Die Volksrepublik sieht sich zwar durch die beschleunigte Hochrüstung der USA auch zu eigenen hohen Militärausgaben und angesichts US-amerikanisch-britischer Flottenpräsenz vor den chinesischen Küsten und zum Schutz der eigenen internationalen Seewege zur Stärkung seiner Marine veranlasst.

Jedoch bleibt **festzuhalten**: Nach dem eigenen Grundverständnis der chinesischen Machteliten beruht der Anspruch der Kommunistischen Partei auf die führende Rolle in der Gesellschaft vor allem auf einer Legitimation durch wachsenden Wohlstand des Volkes in einer historisch einmalig kurzen Zeit. Frieden ist dafür die beste und notwendige Voraussetzung. Dieser Zusammenhang ist zugleich eine wesentliche Bedingung dafür, dass Gemeinsame Sicherheit zu einem Leitgedanken der künftigen

Weltordnung werden kann – weit über Europa hinaus.

### 3.3 SZENARIO III: MULTIPOLARITÄT

Ein drittes Szenario beschreibt eine neue Multipolarität der Weltordnung. China stellt die unipolare Stellung der USA infrage. Außer diesen beiden großen Mächten betrachten sich die EU, Indien, Japan, Brasilien, Südafrika, die Türkei und auch Indonesien und weitere Staaten als wichtige Metropolen des Weltgefüges. Sie wären in einer multiplen Weltordnung nicht so stark wie bisher abhängig von einer Führungsmacht. Bereits gegenwärtig zeichnet sich eine stärkere Eigenständigkeit wichtiger Staaten ab. Am 2. Mai 2022 verurteilten 141 Regierungen in der UN-Vollversammlung mit der Resolution «Aggression against Ukraine» den Angriffskrieg Russlands. Aber 35 Staaten enthielten sich bei dieser Abstimmung, darunter Indien und Südafrika. Zum G7-Gipfel auf Schloss Elmau 2022 hatte Bundeskanzler Scholz als Gäste Argentinien, Indien, Indonesien und Südafrika eingeladen, um sie in die Front gegen die russische Aggression einzubinden. Aber diese Staaten verweigerten sich dem Anliegen und den Sanktionen gegen Russland. Sie wahren in diesem Fall eigene Interessen an Wirtschaftsbeziehungen zu Russland.

Sie misstrauen dem Westen, dem sie Scheinheiligkeit und Doppelmoral vorwerfen. Warum soll Putin vor ein Kriegsverbrechertribunal, aber nicht auch Präsident Bush, dessen Krieg gegen den Irak mehr als eine Million Menschen das Leben gekostet hat? Warum liefern NATO-Staaten an Saudi-Arabien Waffen, die im Jemen zum Tod von bisher 250.000 Menschen beigetragen haben? Wo blieben die humanitären Werte, als der Westen in der Coronakrise erst einmal sich selbst mit Impfstoffen und Masken versorgte und sich der Produktion von Generika widersetzte? Als im September 2020 über 100 Staaten des globalen Südens auf die Aussetzung der Patente für Coronaimpfstoffe drängten, verweigerten sich die westlichen Staaten dieser Forderung.

Im günstigen Falle wäre in einer multipolaren Ordnung die Völkerrechtsordnung so weit durchgesetzt, dass Vormacht mittels militärischer Intervention weitgehend diskreditiert und ausgeschlossen wäre. Interessenkompromisse, Kooperation anstelle von Unterordnung und partnerschaftliche Arrangements würden größeres Gewicht gewinnen. Elemente Gemeinsamer Sicherheit würden eine Stärkung erfahren.

Viele Länder des globalen Südens klagen Solidarität des Nordens ein. Sie sehen sich zu Recht als Opfer der Industrialisierung in der westlichen Welt, weil sie am meisten unter der dort verursachten Zerstörung der Umwelt zu leiden haben. Seit Jahren brechen die

OECD-Staaten ihr Versprechen, jährlich 100 Milliarden US-Dollar für die Unterstützung der Klimapolitik in den ärmeren Ländern zur Verfügung zu stellen.

Kriege als Spätfolge des Kolonialismus und willkürlicher kolonialer Grenzziehungen in der «Dritten Welt», als Resultat von hierarchischen Wirtschaftsbeziehungen, von Armut und zunehmend von klimabedingter Migration führen im globalen Süden zu *failing states*, in denen die staatliche Ordnung zerfällt und kriminelle Gewalt zunimmt.

Der «Fragile-Staaten-Index 2021» des Fund for Peace enthält das Ergebnis der Untersuchung von 179 Staaten. Drei Staaten sind fast ganz zerfallen, sechs akut vom Zerfall bedroht, 21 Staaten weisen höchst alarmierende Tendenzen des Staatszerfalls auf. 26 Staaten wird eine erhöhte Mahnstufe zugeschrieben, für 61 Staaten wird eine Warnung ausgesprochen (Masala 2022: 100). Auch wenn diesem Befund westliche Vorstellungen von Staatlichkeit und Demokratie zugrunde liegen, ist er alarmierend.

Die Welt kann nicht friedlich werden, dem Klimawandel wird nicht wirksam begegnet werden, die Welt ernährung nicht vor Hunger gesichert, die Bekämpfung von Massenerkrankungen und Pandemie nicht erfolgreich sein und die Migration nicht gemindert werden, wenn viele Staaten zerfallen und wenn der globale Süden nicht eine seinen vielschichtigen Interessen gemäße Stellung in einer gerechten Weltwirtschafts- und Weltordnung erhält. Dafür sind Solidarität, Partnerschaft und Abrüstung erforderlich.

Den Ländern des globalen Südens müssen mit einer neuen Stellung in der Weltordnung nach dem Maß der Menschlichkeit der Verhältnisse Zukunftschancen eröffnet werden. Ohne ihre wirtschaftliche und sozial-ökologische Stabilisierung wird es keine sichere Welt geben. Umfassende Gemeinsame Sicherheit muss den globalen Süden einschließen. Aber meist wird der Süden in den westlichen Vorstellungen von einer multipolaren Welt «vergessen», eher ist nur von großen Mächten die Rede. Antje Vollmer hatte in ihren letzten Lebensjahren in einer Gesprächsrunde, der ich angehöre, immer wieder und immer nachdrücklicher darauf verwiesen, dass den Friedens- und Entwicklungsinteressen des globalen Südens größte Bedeutung für den Weg in eine bessere Welt zukommen müsse.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat nach der herrschenden westlichen Wahrnehmung zu größerer Geschlossenheit der Staatengemeinschaft unter Führung der USA gegen Russland geführt. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Ihre andere Seite ist, dass Länder, in denen die Mehrheit der Menschheit lebt, sich der Verurteilung Russlands als Aggressor und den Sanktionen gegen Russland nicht angeschlossen haben. Der Krieg und die Sanktionspolitik haben die Weltmarktpreise für Nahrungsgüter, fossile Energien und Düngemittel so in die Höhe getrieben,

dass in vielen ärmeren Ländern der Hunger wächst. Und die Länder des globalen Südens haben wahrgenommen, was ihnen selbst blühen könnte, wenn sie der Zorn Washingtons trafe. Der Westen hat russische Auslandsguthaben in Höhe von 330 Milliarden US-Dollar eingefroren, um Russland zu schwächen. Kurzfristig mag dieser Effekt eintreten. Langfristig, so vermutet der Politikwissenschaftler Michael Lüders, könnten solche Erfahrungen dazu führen, dass der Ukrainekrieg als Treibsatz für eine Politik der Unabhängigkeit des globalen Südens von den USA und für eine Allianz zwischen China und Russland wirkt. Er könnte eine Zäsur in der geopolitischen Konstellation signalisieren.

Russland und China haben eigene, dem SWIFT-System ähnliche Verrechnungssysteme eingeführt. Im Jahr 2020 wurden noch 80 Prozent des Handels zwischen Russland und Chinas auf US-Dollar-Basis abgewickelt. 2022 war es weniger als ein Prozent. Der Anteil des chinesischen Renminbi als Handelswährung bei der Vermittlung internationaler Geschäfte wächst, weil viele Länder ihre Abhängigkeit vom US-Dollar verringern wollen. Nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ist der Renminbi in der Rangliste des Anteils an internationalen Währungstransaktionen von Platz acht im Jahr 2019 auf Platz fünf 2022 vorgerückt.

Der Umstieg auf alternative Währungsvereinbarungen wird dadurch angetrieben, dass die USA zu Beginn des Jahres 2023 bereits 22 Länder mit Sanktionen unterschiedlicher Art belegt haben und kein Ende dieses Vormachtinstruments abzusehen ist. Neue bilaterale Vereinbarungen Russlands im Treibstoffhandel als Antwort auf westliche Sanktionen werden zum Teil in Rubel abgewickelt. Frankreich und Saudi-Arabien haben vereinbart, einen Teil ihrer Öl- und Gasgeschäfte in Renminbi abzurechnen. Beim Staatsbesuch Präsident Lulas in Peking wurde festgeschrieben, dass beide Länder ihre Handelsgeschäfte direkt in Renminbi und in Brasilianischen Real abwickeln werden. Die brasilianische Regierung strebt zudem an, im Rahmen der New Development Bank, der multilateralen Bank der BRICS-Staaten, ein entdollarisiertes Handelssystem zu entwickeln. In Argentinien wird geprüft, im Zahlungsverkehr mit China wie Brasilien den Renminbi zu nutzen. Die Gesamtheit solcher Entwicklungen hat die – gegenwärtig dominierende – Stellung des US-Dollars in den Weltwirtschaftsbeziehungen bereits geschwächt. 1977 hatte die US-Währung noch einen Anteil von 85 Prozent an den Weltdevisenreserven. 2001 lag dieser Anteil bei 73, zu Beginn 2023 nur noch bei 58 Prozent.

### **Festzuhalten**

*Eine nachlassende Nachfrage nach dem US-Dollar als Leitwährung bedeutet, dass tendenziell die einzigartige Möglichkeit der USA untergraben wird, sich durch*

*internationale Verschuldung nahezu beliebig finanzieren zu können. Die Tendenz zu Multipolarität wird dagegen stärker. Das Interesse vieler Schwellenländer an ihrer internationalen Zusammenarbeit und größerer Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten in einer multipolaren Weltordnung eröffnet neue Räume für eine Politik Gemeinsamer Sicherheit.*

Nicht weniger wichtig als die ökonomischen Kräfteveränderungen sind die Zeichen für politischen Wandel mit zunehmenden Unabhängigkeitsbestrebungen und wachsendem Selbstbewusstsein von Schwellen- und Entwicklungsländern.

Beispielsweise entschied der brasilianische Präsident Lula, den Wünschen der US-amerikanischen und der deutschen Regierung, Munition für den Einsatz des Leopard 2 in der Ukraine zu liefern, nicht zu folgen. Kolumbien, Chile und Argentinien verweigerten den Vereinigten Staaten die Lieferung von Hubschraubern M-8 und M-7 und von Hawk-Luftabwehrraketen, die die USA an die Ukraine weitergeben wollten. Mit seinen Vorstößen zur Vermittlung von Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien in der Ukraine setzte Präsident Luna dem Versuch einer Lösung durch Sieg auf dem Schlachtfeld seine Präferenz für Verhandlungen entgegen.

Saudi-Arabien war lange Zeit ein Mustervasall der USA. Aber als Präsident Biden persönlich die Führung des Golfstaates um eine Steigerung der Ölproduktion bat, um der durch den Ukrainekrieg bewirkten Explosion der Ölpreise auf dem Weltmarkt mit einem gesteigerten Ölexport zu begegnen, reagierte der saudische König mit dem genauen Gegenteil, der Senkung der Ölförderung, gefolgt von einer Reihe von Wirtschaftsabkommen mit China. In großen Teilen der Welt wird die Unterordnung unter die USA nicht mehr hingenommen.

Umso problematischer ist es, dass die Europäische Union im Verlauf des Ukrainekrieges den USA immer bedingungsloser folgt. Die EU hat in der Vergangenheit weit größere Vorteile als die Vereinigten Staaten aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland gezogen, die sie mit einer uneingeschränkten Sanktionspolitik jetzt aufgibt. Im Falle eines Krieges des Westens mit Russland wäre zuerst Europa das Schlachtfeld, nicht die USA. Die Europäische Union hat in den vergangenen Jahrzehnten der Ost-West-Entspannung hohes Ansehen als friedensstiftende Region gewonnen, das jetzt zu nutzen wäre. Wichtige Mitgliedstaaten haben ausgeprägt demokratische Traditionen oder haben – wie Deutschland, Italien und Spanien – nach faschistischen Diktaturen einen Weg der Demokratisierung gefunden. Europa hat reiche kulturelle Erfahrungen, die es in eine multipolare Welt einbringen könnte.

Zu den positiven europäischen Erfahrungen gehört nicht zuletzt der KSZE-Prozess, das heißt die Folge von «Konferenzen über Sicherheit und Zusammen-

arbeit in Europa», von Vereinbarungen über die europäische Sicherheitsarchitektur und von institutionalisierter Zusammenarbeit in den Zeiten zwischen den einzelnen Konferenzen. Beteiligt waren alle europäischen Staaten, die Sowjetunion, die USA und Kanada. Nach der ersten Vorbereitungskonferenz im November 1972 währten die Verhandlungen bis zur Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975. Die unterzeichnenden Staaten haben sich darin zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur friedlichen Lösung von Streitfällen, zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, zur Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltpolitik und – in einem besonderen Dokument – zu vertrauensbildenden Maßnahmen im militärischen Bereich verpflichtet.

Als Teil des Gesamtprozesses führte die «Konferenz über Sicherheits- und Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE)», die von 1984 bis 1986 arbeitete, zur Erweiterung vertrauensbildender Maßnahmen und schließlich zu dem KSE-Vertrag von 22 Regierungschefs der NATO und der Staaten des Warschauer Pakts, in dessen Folge mehr als 50.000 angriffsfähige konventionelle Waffensysteme vernichtet wurden.

*Im KSZE-Prozess wurden Prinzipien Gemeinsamer Sicherheit erfolgreich in praktische Politik umgesetzt. Mehr denn je erfordern gegenwärtig die geopolitischen Spannungen, diesen Erfahrungsschatz Europas in die internationale Politik einzubringen. Umso schwerer wiegt die Schuld der führenden Politiker\*innen Europas, die die Potenzen Europas, zu einer neuen gemeinsamen Sicherheit beizutragen, nicht ausschöpfen. Ohne eine eigenständige zukunftsgerechte europäische Sicherheitsstrategie verspielen sie im Kielwasser der USA die europäischen Friedenspotenziale.*

### **3.4 SZENARIO IV: RE-NATIONALISIERUNG**

Die destruktiven Seiten der Globalisierung fördern Widerstand in Gestalt einer Re-Nationalisierung. Diese reale Tendenz konstituiert kein eigenständiges neues, gar dominantes Muster der Weltordnung. Aber sie schlägt in einer Reihe von Ländern in Nationalismus um, oft verbunden mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Das ist in Polen, Ungarn, der Türkei und in Slowenien zu beobachten. In Indien ist Nationalismus Bestandteil der Regierungspolitik. In Russland wird nationalistisches Denken für imperiale Politik und Krieg mobilisiert. In Italien hat die Regierung Meloni neofaschistische Wurzeln. In Frankreich ist der Rassemblement National Marin Le Pens eine starke Kraft, in Schweden sind es die Schwedendemokraten, in Deutschland die AfD. Eine solche Re-Nationalisierung unter rechtsreaktionären

Vorzeichen unterläuft die Anstrengungen für eine internationale Friedensordnung und ist in höchstem Maße konfliktträchtig. Umso dringlicher, dieser Tendenz eine Politik der Gemeinsamen Sicherheit entgegenzusetzen, die Nationalismus ausschließt.

Manche progressiven Kräfte hoffen allerdings auf einen demokratischen Typ der Re-Nationalisierung. Wolfgang Streeck beispielsweise argumentiert, allein der Nationalstaat sei so weit demokratisierbar, dass er eine sozial-ökologische Transformation bewältigen und zwischen den Staaten eine auf nationaler Souveränität und Gleichberechtigung basierende Friedensordnung gestalten könne (Streeck 2021). Gegen solche Erwartung spricht, dass der Grad internationaler Wirtschaftsverflechtung und die Komplexität der globalen Herausforderungen über eine nationalstaatliche Regulationsweise hinausweisen. Eine selektive De-Globalisierung, stärkere Regionalisierung, Demokratisierung internationaler zwischenstaatlicher Wirtschaftsorganisationen und demokratisierte überstaatliche Strukturen wie in der EU würden den Menschheitsaufgaben im 21. Jahrhundert besser entsprechen. Die Realisierung solcher Tendenzen könnte sich auf Grundprinzipien Gemeinsamer Sicherheit stützen.

Ansätze in solcher Richtung sind alternative Institutionen wie die New Development Bank der BRICS-Staaten, die trotz ungleicher Wirtschaftskraft und ungleicher Einlagen der Mitgliedstaaten mit gleichen Rechten der beteiligten Länder, rotierendem Vorsitz und Kreditvergabe ohne wirtschaftspolitische Auflagen funktioniert. Ferner könnten zu solchen Ansätzen zählen: eine starke Begrenzung des spekulativen internationalen Kapitalverkehrs, umfangreiche Kapital- und Technologietransfers in ärmere Länder, Verringerung asymmetrischer Abhängigkeitsverhältnisse in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, eine internationale Transaktions- und Reservewährung anstelle des US-Dollar-Regimes, die Begünstigung ärmerer Länder durch Nicht-Reziprozität bei bi- und multilateralen Handelsabkommen mit wirtschaftsstarken Ländern, die bewusste Tolerierung von Handelsbilanzdefiziten der Metropolen beim Import aus Peripherieländern, eine starke Regulierung der Finanzmärkte und Begrenzung der Macht transnationaler Unternehmen durch geeignete staatliche Maßnahmen (Krüger 2019: 13; Neelsen 2022: 48). Demokratische Nationalstaaten blieben die Hauptarena für Kämpfe progressiver Akteure um eine gerechtere Gestaltung internationaler Beziehungen und Organisationen, jedoch im Verein mit Anstrengungen auf internationaler Ebene, mit zwischenstaatlichen und supranationalen Organisationen, wenn deren demokratische, friedens- und umweltorientierte Erneuerung gelingt.

**Festzuhalten** ist zusammenfassend mit Blick auf die Tendenzen zu Multipolarität, Bipolarität und Re-Nationalisierung: Die langfristige Haupttendenz ist die zu

Multipolarität. Sie entspricht den Unabhängigkeitsinteressen mehrerer großer Mächte, vor allem denen des globalen Südens.

Der Versuch der USA, eine unipolare Weltordnung unter ihrer Führung aufrechtzuerhalten, wirkt jedoch fort und wird in absehbarer Zeit die internationalen Beziehungen weiter stark beeinflussen. Mit dem Aufstieg Chinas zur Weltmacht zeichnen sich Momente einer neuen Bipolarität ab: die Rivalität zwischen den USA und der Volksrepublik China. Möglich, aber in nächster Zeit eher unwahrscheinlich ist, dass ein mehr oder weniger ausgeprägter (asymmetrischer) Block China-Russland entsteht. Parallel zu bipolaren Tendenzen wirken – von chinesischer Seite durchaus als in eigenem Interesse angesehen – Tendenzen zur Multipolarität.

Wichtige Staaten in einer multipolaren Ordnung haben gemeinsame Interessen an einem Ende US-amerikanischer Weltvormacht, sehen teils gemeinsame Interessen mit dem US-Kontrahenten China, sind aber zugleich von eigenen Interessen geleitet, die voneinander abweichen und oft zu Spannungen führen.

Hier wird also einer relativ klaren Abgrenzung von Zeitabschnitten der Bipolarität (1945–1990), der Unipolarität (1991–2008) und Multipolarität (seit 2000), wie von Jörg Goldberg angenommen (Goldberg 2023: 21), nur eingeschränkt gefolgt. Stärker wird die Gleichzeitigkeit sich widersprechender Tendenzen betont.

### 3.5 SZENARIO V: WELTUNORDNUNG

Nicht eine neue Bipolarität oder Multipolarität werde die kommende Weltordnung für lange Zeit bestimmen, sondern eine Welt-Unordnung: Diese Aussage beschreibt weniger eine fünfte Weltordnungsvariante als einen drohenden künftigen Krisenzustand der Welt. Anders als die alte Bipolarität in der Systemauseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion werde nicht eine relative Kontrolle des Konfliktverlaufs, sondern die Bewegung am Abgrund zu großen Kriegen und ökologischen Katastrophen ein mögliches Zukunftsszenario sein. Dies ist die Erwartung mancher Sozial- und Politikwissenschaftler\*innen, nicht ohne Rationalitätsgehalt.

Carlo Masala, Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr, hat sein jüngstes Buch unter dem Titel «Welt-Unordnung» veröffentlicht. Er vertritt die Auffassung, «dass genau diese Unordnung, die Akademiker, Praktiker und die an internationaler Politik interessierten Bürger beunruhigt, mehr als eine Übergangsphase ist; weniger Interregnum als vielmehr Stabilis.» (Masala 2022: 12) Und «dass viele Regionen dieser Welt auf unabsehbare Zeit ins Chaos abgleiten, wodurch Krieg, Staatszerfall

und terroristische Aktivitäten das Bild prägen werden, das sich uns dort bietet» (ebd.: 15). Diese Erwartung ist nicht neu. Manche Autor\*innen leiten sie daraus ab, dass in Zukunft kein übermächtiger Welthegeemon vorhanden sein wird, der kraft seiner unanfechtbaren Überlegenheit eine relative Ordnung der Welt durchsetzen könnte.

Wolfgang Streeck sieht, wie bereits angedeutet, in Re-Nationalisierungstendenzen die Chance, eine friedliche Weltordnung durch demokratisierte Politik der Nationalstaaten und Übereinkünfte untereinander zu erreichen (Streeck 2016). Wenn dies aber nicht eintrete, so gelte: «Das Ende des Kapitalismus kann dann vorgestellt werden als ein Tod durch tausend Einschnitte und durch eine Vielzahl von Schwächen, von denen jede umso weniger behandelbar sein wird als alle zur gleichen Zeit Behandlung erfordern.» (Ebd.: 13)

«Was in Anbetracht der jüngsten Geschichte des Kapitalismus zu erwarten steht, ist eine lange und schmerzhafteste Periode kumulativen Verfalls: sich verschärfende Friktionen, zunehmende Fragilität und Ungereimtheit sowie eine laufende Abfolge normaler Unfälle – nicht zwangsläufig, aber durchaus möglicherweise von der Größenordnung der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre.» (Streeck 2015b: 120)

Zu erwarten sei ein «kontinuierlicher Prozess schrittweisen Niedergangs, der sich zwar hinzieht, aber umso unerbittlicher durchsetzt» (Streeck 2015a: 100). In jüngeren Arbeiten hat Streeck diese Erwartung relativiert. Er wendete seine Aufmerksamkeit der – angesichts der Schwäche der Linken von ihm zunächst weitgehend ausgeblendeten – Potenz alternativer Kräfte zu und hält für möglich, dass kommunales Eigentum und der gemeinwohlorientierte Sektor der Care-Arbeit, dass eine «kommunale Fundamentalökonomie» Chancen für eine Neuformierung der Linken und für nichtkapitalistische Entwicklungen eröffnen könnten (Streeck 2019: 100 u. 105).

Eine Gruppe internationaler Spitzenwissenschaftler – Immanuel Wallerstein, Randell Collins, Michael Mann, Georgi Derlugian und Craig Calhoun – hatte im Jahr 2014 in einer gemeinsamen Überlegung die Offenheit künftiger Entwicklung in Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen betont. Auch sie warnten vor «künftigen katastrophalen Möglichkeiten. Eine Katastrophe mittleren Grades ist Zerfall und Evolution (das heißt, dass es im Prinzip weitergeht wie bisher, nur in vermindelter, verkrüppelte und verschlimmerter Form.» (Wallerstein u. a. 2014: 228) Sie betonten aber auch die «Möglichkeit hoffnungsvollerer Wege durch die Wirren der vor uns liegenden Jahre» (ebd.).

Immanuel Wallerstein verwies darauf, dass sich in den internationalen Machteliten, die sich jährlich

auf dem Weltwirtschaftsforum von Davos über ihre Strategien austauschen, zwei Richtungen des Umgangs mit den Krisen und Instabilitäten der Welt abzeichnen: «Das Lager des ›Geistes von Davos‹ ist tief gespalten. Eine Gruppe befürwortet unmittelbare und langfristige Repression und hat ihre Mittel in den Aufbau einer bewaffneten Organisation gesteckt, um die Opposition zu zerschlagen.» Das gilt für die Innenpolitik und für die Außen- und Sicherheitspolitik. Der Ukrainekrieg hat die Neigung zu militärischen Lösungen enorm verstärkt.

«Es gibt aber auch eine andere Gruppe, die Repression auf lange Sicht für unwirksam hält. Sie befürwortet die Lampedusa-Strategie, alles zu verändern, damit alles beim Alten bleibt. Man spricht von Meritokratie, grünem Kapitalismus, mehr Gerechtigkeit, mehr Vielfalt und einem offenen Ohr für die Rebellierenden – alles im Geiste der Abwendung eines Systems, das auf mehr Demokratie und Gleichheit beruhte.» (Wallerstein u. a. 2014: 45)

Zuweilen liegen Einsichten, die eine Nähe zu Prinzipien Gemeinsamer Sicherheit vermuten lassen könnten, und Schlussfolgerungen in entgegengesetzter Richtung nahe beieinander. Masala beispielsweise stellt fest, was im Konzept Gemeinsamer Sicherheit schon vor Jahrzehnten betont wurde:

«Kluge Politik muss auch mit Diktatoren verhandeln, die wir für ihre Taten verabscheuen. Wer versucht, die eigene Außenpolitik allein an moralischen Maßstäben auszurichten, und die Welt nach den Kategorien Gut und Böse einteilt, der wird nicht Ordnung schaffen, sondern nur wieder neues Chaos anrichten – insbesondere dann, wenn er auf den Gedanken verfällt, dass Gute herbeibomben zu wollen.» (Masala 2022: 14)

Aus dem von Masala konstatierten Scheitern der Illusion einer Lösung von Problemen durch militärische Interventionen folgert er: «Und eine solche Analyse lässt nur den Schluss zu, dass militärische Interventionen des ›Westens‹ nicht dazu geeignet sind, die Krisen und Konflikte zu lösen.» (Ebd.: 46) Auch das war Konsens im Rahmen des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit und für die Friedensbewegung seit Jahrzehnten Allgemeingut.

Jedoch – aus dieser Einsicht folgt bei Masala in jäh gedanklicher Kehrtwende ein unbelehrter Schluss in striktem Gegensatz zu den Prinzipien Gemeinsamer Sicherheit:

«Zudem sollten militärische Interventionen, wenn sie denn erfolgen, so geplant und ausgeführt werden, dass sie auch eine Chance auf Erfolg haben. Dazu gehört zuvorderst die Bereitschaft, eigene Bodentruppen in umfangreicher Zahl einzusetzen und sich nicht auf unzuverlässige Partner im Konfliktgebiet zu verlassen.» Masala rät, «künftig nur in solchen Fällen



zu intervenieren, in denen es eine strategische Notwendigkeit gibt und diese gegenüber der eigenen Bevölkerung auch klar zu kommunizieren.» (Ebd.) Und wenn der Westen schon aufgeben müsse, dem Traumbild einer liberalen Weltordnung hinterherzujagen, dann gelte «für einen Staat wie die Bundesrepublik Deutschland, dass er sein Handeln strikt an den eigenen Interessen ausrichten muss» (ebd.: 155). «Dies bedeutet aus deutscher Sicht, dass sich eine realistische Politik für das 21. Jahrhundert von der Fessel des selbstverordneten völkerrechtlichen Dogmas lösen muss.» (Ebd.: 137) Die von Außenministerin Baerbock so gepriesene «regelbasierte internationale Ordnung» ist eben nicht mit einer Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts gleichzusetzen. Denn diese Regeln werden von den Mächtigen in der Welt diktiert, oft auf Kriegsfuß mit dem Völkerrecht.

Was sollten die Friedenskräfte aus dem Befund einer starken Tendenz zu konfliktgeladener Welt-Unordnung folgern? Gewiss nicht, dass Kriege und Interventionen eben besser geplant und geführt werden müssten, wie Masala nahelegt.

*Die der Weltunordnung immanente gemeinsame Weltunsicherheit erfordert mehr denn je eine Politik der Gemeinsamen Sicherheit.*

#### **Festzuhalten**

Konfrontation statt Kooperation ist keine Lösung. Gemeinsame Sicherheit würde in einer multipolaren Welt korrespondieren mit internationaler Kooperation zwischen gleichberechtigten Partnern zum wechselseitigen Vorteil. Aus umweltpolitischen, wirtschaft-

lichen und sozialen Gründen wird dies durchaus mit stärkerer Regionalisierung und Lokalisierung der Wirtschaft einhergehen. Was ökologisch vorteilhaft ohne naturschädigende Transporte produziert werden kann, wird verbrauchernah herzustellen sein. Einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten werden vermieden. Kooperation wird finanzielle und technische Unterstützung armer Länder durch reiche einschließen. Zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung gehört, das Versprechen der Industrieländer einzulösen, den Klimawandel in den ärmeren Ländern mit jährlich 100 Milliarden US-Dollar zu unterstützen. International operierende Unternehmen haben die Verantwortung, in den von ihnen dominierten Lieferketten angemessene zivile und ökologische Standards durchzusetzen.

China wird in den kommenden Jahrzehnten eine erst-rangige Bedeutung für die globale Sicherheitsarchitektur gewinnen. Das muss in allen Dimensionen Gemeinsamer Sicherheit mit politischen, militärischen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Konsequenzen mitbedacht werden. Ohne Respektierung chinesischer Interessen wird es keine Gemeinsame Sicherheit geben.

Nach Jahrzehnten hierarchischer, kolonialer, neokolonialer und konfrontativer internationaler Verhältnisse in historisch kürzester Zeit zu einer kooperativen Ordnung der Welt überzugehen, erfordert eine neue planetare Denkweise. Das verweist auf die Einbettung Gemeinsamer Sicherheit in die kommenden Transformationsprozesse, auf den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Transformation, Gemeinsamer Sicherheit und moralischer Revolution.

## **4 GEMEINSAME SICHERHEIT – DOPPELTE TRANSFORMATION – MORALISCHE REVOLUTION**

Frieden im Innern der Gesellschaft, zwischen den Staaten und mit der Natur zu erreichen ist das zentrale Gebot im 21. Jahrhundert. Deshalb wird umfassende Gemeinsame Sicherheit mit höchster Dringlichkeit zu einem Grundprozess der Transformation vor uns. Der Krieg in der Ukraine wie Kriege in anderen Teilen der Welt verweisen darauf, dass in allernächster Zeit eine Zeitenwende von Krieg, Hochrüstung, Abschreckung und Denken in Feindbildern zu Friedenspolitik, Abrüstung und Verhandlungslösungen eingeleitet werden muss. Dies ist der entscheidende bevorstehende Bruch, der in der «Nationalen Sicherheitsstrategie» der Bundesregierung vom Juni 2023 nicht formuliert wird, den die Friedensbewegung und als ihr Teil die plurale gesellschaftliche Linke einzufordern hat.

*Gemeinsame Sicherheit ist als ein Grundprozess progressiver Transformation, als ihr elementarer Bestandteil zu begreifen. Das heißt, sie muss noch im Rahmen des Kapitalismus weit vorangetrieben werden – als Teil seiner innersystemischen Transformation.*

Die Politik gemeinsamer Sicherheit ist nicht auf-schiebbar, bis irgendwann der Kapitalismus durch eine bessere solidarische oder grün-sozialistische Gesellschaft abgelöst sein wird. Das Leben und die Gesundheit von Milliarden Menschen sind hier und jetzt durch Kriege, Klimakrise, Artensterben, Hunger, Staatenzerfall und andere Katastrophen bedroht, nicht erst in Zukunft.

Nur: So, wie der Kapitalismus gegenwärtig verfasst ist, steuert er auf Abgründe zu – wachstumsgetrieben, geopolitisch begründeter Gewalt verhaftet, zwar

im Bewusstsein seines unheilvollen Umgangs mit der Natur, aber ohne entschlossene Gegenstrategien. Der von Bundeskanzler Scholz proklamierten Zeitenwende fehlt das Wichtigste, eine wirkliche Wende.

Zumindest die Dominanz des Profits bei Entscheidungen über Leben und Tod, zumindest der Vorrang militärischer Abschreckung vor friedlicher Kooperation und Diplomatie, wenigstens Hunger, Wohnungslosigkeit und Unterentwicklung des Gesundheitswesens in der Welt müssen noch mitten im Kapitalismus weitgehend zurückgedrängt werden.

An anderer Stelle (Klein 2013, 2019 u. 2022) habe ich – so wie andere Autor\*innen (Wright 2017; Reißig 2009 u. 2019; Brie 2014; Thomas/Busch 2015; Candias 2014; Dörre 2021; Brangsch 2014) – begründet, dass noch im Rahmen des Kapitalismus eine systeminterne postneoliberale progressive Transformation erreichbar ist, die auf einer neuen moralisch-geistigen Verfasstheit der Gesellschaft beruht und eine weitgehende Verwirklichung der hier dargestellten Strukturelemente Gemeinsamer Sicherheit einschließt. Ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis und Brückenschläge zwischen den vielen Selbstermächtigungsprojekten von unten und zwischen unterschiedlichen sozialen Bewegungen anstelle von spaltenden Entgegensetzungen sind als entscheidende Voraussetzungen dafür zu betrachten.

Eine vollständige Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen, eine konsequente Umkehr von destruktivem Wachstum zu einer Entwicklung im Einklang mit dem Erhalt von lebensfreundlichen Ökosystemen und die sozial gleiche Teilhabe aller Menschen an den Bedingungen individueller Freiheit und Persönlichkeitsentfaltung im Rahmen des Gemeinwohls – diese Ziele werden in vollem Maße wohl erst jenseits des Kapitalismus, also im Verlauf einer systemüberschreitenden Großen Transformation erreichbar sein. Aber für voraussichtlich lange Zeit wird vorrangig sein, die friedliche Existenz der Menschheit im Einklang mit der Natur schon unter kapitalistischen Bedingungen so weit wie nur möglich zu sichern.

*Der Weg zu Gemeinsamer Sicherheit ist also eingebettet in eine doppelte Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus.*

Eine solche doppelte Transformation, eingeschlossen der Übergang zu einer Politik Gemeinsamer Sicherheit, erfordert eine tiefgreifende moralische Revolution. Diese wird zur geistig-mentalenen Voraussetzung für das Überleben der Menschheit. Amartya Sen, Nobelpreisträger in den Wirtschaftswissenschaften, bezeichnete als die elementarste Freiheit «die Fähigkeit, zu überleben und nicht vorzeitig zu sterben» (Sen 1999: 36). Krieg, der Menschen millionenfach das Leben raubt, und Klima- und Umweltkrisen, die die Lebensgrundlagen der Menschheit zerstören, können nicht im Namen der Freiheit gerechtfertigt werden. Nicht was einen militärischen

Sieg fördert, ist das Maß der Moral. Moralisch ist, was das Ende von Kriegen ohne mehr Kriegesopfer, was Waffenstillstand und Friedensverhandlungen näher bringt. Moralisch ist, was die Ukraine vor einer Niederlage im Krieg bewahrt, aber einen Siegfrieden zugunsten der NATO ausschließt. Ein solcher wäre nur der Ausgangspunkt eines neuen russischen Revisionismus.

Die Geschichte ist aber durchzogen von Kriegen und in den letzten zwei Jahrhunderten davon bestimmt, dass die Steigerung des Wohlstands mit seiner langfristigen Untergrabung bezahlt wird. Ein «neues Denken», beruhend auf einschneidendem Wertewandel zugunsten des Lebens, ist das Gebot unserer Zeit und der Geist Gemeinsamer Sicherheit. Verantwortung für das Leben und seine Naturgrundlagen, Friedensorientierung, partnerschaftliches Denken, Toleranz, Respekt für Andersdenkende, Empathie im Kleinen und im Großen, Kompromissbereitschaft, Kooperation, Gemeinwohldenken und solidarisches Verhalten machen die moralische Revolution aus. Deren «Vor-Schein» zeichnet sich bereits ab. Sie ist gegen Bellizismus, Gewalt, Imperialität, Rassismus und Nationalismus, Gut-Böse-Polarisierung, verschwörungstheoretisches Denken, Hass und Irrationalität gerichtet, bestimmt jedoch noch nicht den Zeitgeist der Gegenwart. Der Zeitgeist steckt überwiegend noch in alten Zeiten. Auf den Zeitgeist dieser Art trifft das geflügelte Wort des Regisseurs und Musikers August Everding zu: «Wer den Zeitgeist heiratet, wird bald Witwer sein.»

Zwei Gefahren lauern in den Aufbrüchen zu einer moralischen Revolution. Die eine weit verbreitete besteht darin, sie als bereits bestimmend für das Verhalten der Machteliten in jüngster Zeit anzusehen. Eine solche Fehleinschätzung verdeckt, dass auch die kapitalistischen Gesellschaften im Westen die meisten und entscheidenden Schritte einer moralischen Revolution noch vor sich haben. Die zweite Gefahr ist, ein beginnendes moralisches Umdenken in Teilen des Blocks an der Macht bereits für die weit fortgeschrittene Lösung der Probleme zu halten. Wahr ist dagegen, dass selbst problembewusste Fraktionen in den Führungsetagen von Politik und Wirtschaft den Zwängen des Macht- und Profitmechanismus, der Konkurrenz, des Wachstums und der Expansion unterworfen sind. Erst recht stoßen demokratische Gegenmächte auf die Grenzen, die durch die herrschenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse gesetzt sind. Eine neue Moral wird erst dann in vollem Maße ein entscheidender Teil einer Großen Transformation zu einer solidarischen Gesellschaft, wenn sie zur Kontrolle und Einschränkung der ökonomischen und politischen Macht der Zentren des Finanzkapitals, der IT-Kommunikation, der Rüstungswirtschaft, des Energiesektors führt. Gerechte Umverteilung von Ressourcen zugunsten eines starken Gemeinwohl-

sektors und insbesondere des Care-Bereichs gehört zu dieser Perspektive und erfordert den Ausstieg aus der Rüstungseskalation.

In diesem strategischen Rahmen sollten sich auch die Anstrengungen auf dem Weg zum Frieden in der Ukraine bewegen. Frieden zwischen den Staaten und Völkern und mit der Natur wird dabei den Vorrang vor Kämpfen zur Überwindung des Kapitalismus haben. Es gehört zu den Aufgaben der gesellschaftlichen Linken, die Verschränkung beider Perspektiven in die strategischen Diskurse unserer Zeit einzubringen und im eigenen Handeln zu beachten. Das erfordert die Balance zwischen größtmöglichen Anstrengungen zugunsten breiter Friedens- und Umweltallianzen und solchen Bündnissen, die auf die Kontrolle und Machtbeschränkung vor allem der aggressivsten Fraktionen in den Machteliten zielen.

Den Übergang von feindschaftlichem Gegeneinander zu Gemeinsamer Sicherheit mitten im Krieg zu denken und einzuleiten, ihn einzubetten in die Perspektive einer neuen Kollektiven Europäischen Sicherheitsarchitektur und in die Lösung globaler Überlebensprobleme der Menschheit ist eine extreme Herausforderung.

Der Druck, sich dem militanten Mainstream-Denken zu beugen, ist übergroß. Max Weber schrieb den

Intellektuellen – und damit auch allen anderen Bürger\*innen – für ähnliche Situationen ins Merkbuch:

«Selbstverständlich aber ist nun ferner [...] für den Einzelnen ein stets erneut auftauchendes Problem, ob er die Hoffnung auf Realisierbarkeit seiner praktischen Wertungen aufzugeben habe angesichts seiner Erkenntnis des Bestehens einer eindeutigen Entwicklungstendenz, welche die Durchsetzung des von ihm Erstrebtten [...] derart unwahrscheinlich macht, dass seine Arbeit daran, an der Chance des Erfolgs bewertet, als sterile «Donquichotterie» erscheinen müsste.» (Weber 1988: 513)

Für diesen Fall erwog Weber, dass die Menschen unter solchem Druck zur Preisgabe ihrer Ideale neigen, und stellte fest:

«In Deutschland glaubt man dies mit dem Namen «Realpolitik» schmücken zu dürfen. Es ist jedenfalls nicht einzusehen, warum gerade die Vertreter einer [...] Wissenschaft das Bedürfnis fühlen sollten, dies noch zu unterstützen, indem sie sich als Beifallssalve der jeweiligen «Entwicklungstendenz» konstituieren. [...] Die spezifische Funktion der Wissenschaft scheint mir gerade umgekehrt: dass ihr das konventionell Selbstverständliche zum Problem wird.» (Ebd.: 502)

## LITERATUR

- Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (1988):** Das SPD:SED-Papier. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Freiburg i. B.
- Baerbock, Annalena (2022):** «Es wird keinen Weg zurück geben», Namensbeitrag von Außenministerin Annalena Baerbock in der Zeit, 8.9.2022, unter: [www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-namensbeitrag-zeit/2549310](http://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-namensbeitrag-zeit/2549310).
- Bahr, Egon (1986):** Gemeinsame Sicherheit. Einführende Überlegungen, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.): Gemeinsame Sicherheit. Bd. 1: Idee und Konzept. Zu den Ausgangsüberlegungen, Grundlagen und Strukturelementen Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden.
- Bahr, Egon (2015):** Ostwärts und nichts vergessen. Politik zwischen Krieg und Verständigung, Hamburg.
- Bahr, Egon (1982):** Für unsere Sicherheit, in: Meyer-Abich, Klaus M. (Hrsg.): Physik, Philosophie und Politik. Festschrift für Carl Friedrich von Weizsäcker zum 70. Geburtstag, München/Wien, S. 62–69.
- Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.) (1986):** Gemeinsame Sicherheit. Bd. 1: Idee und Konzept. Zu den Ausgangsüberlegungen, Grundlagen und Strukturelementen Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden.
- Belcher, Oliver/Bigger, Patrick/Neimark, Ben/Kennelly, Cara (2020):** Hidden carbon costs of «everywhere war»: Logistics, geopolitical ecology, and the carbon boot-print of the US-military, in: Transactions of the Institute of British Geographers 1/2020, S. 65–80, unter: <https://doi.org/10.1111/tran.12319>.
- BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies/HFSK – Leibniz-Institut Hessische Friedens- und Konfliktforschung/IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/INEF – Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen (2022):** Friedensgutachten 2022: Friedensfähig in Kriegszeiten, Bielefeld, unter: <https://doi.org/10.14361/9783839464038>.
- Birkenbach, Hanne-Margret (1987):** Psychologische Aspekte Gemeinsamer Sicherheit. Einführung, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.): Gemeinsame Sicherheit. Bd. 2: Dimensionen und Disziplinen, Baden-Baden, S. 189–194.
- Bolz, Klaus (1987):** Gemeinsame Sicherheit und Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.): Gemeinsame Sicherheit. Bd. 2: Dimensionen und Disziplinen, Baden-Baden, S. 129–142.
- Brandt, Peter/Braun, Reiner/Hoffmann, Reiner/Müller, Michael (2023):** Frieden schaffen!, Aufruf, Frankfurter Rundschau, 1.4.2023, unter: [www.fr.de/politik/frieden-schaffen-92185182.html](http://www.fr.de/politik/frieden-schaffen-92185182.html).
- Brangsch, Lutz (2014):** Transformationsprozesse und ihre Politisierung in Einstiegsprojekten, in: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, S. 368–191.
- Brangsch, Lutz (2023):** Mobilisierung – Konsolidierung – Umorientierung. Zur aktuellen Entwicklung der Wirtschaft Russlands, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 133, S. 53–62.
- Brie, Michael (Hrsg.) (2014):** Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster.
- Bundesdrucksache 20/1450 vom 14. April 2022:** Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dagdelen, Andrej Hunko u. a. und der Fraktion DIE LINKE vom 1.4.2022.
- Candeias, Mario (2014):** Szenarien grüner Transformation, in: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, S. 303–329.
- Crawford, Neta C. (2019):** Pentagon Fuel Use, Climate Change, and the Costs of War, Boston.
- Crome, Erhard (2021):** Die ungeliebte Alternative. Rückbesinnung auf friedliche Koexistenz für eine zeitgemäße internationale Politik, Hamburg.
- Crome, Erhard (2022):** Russlands ukrainischer Krieg Die Ursachen und die Folgen, Berlin.
- Dahn, Daniela (2022):** Im Krieg verlieren auch die Sieger. Nur der Frieden kann gewonnen werden, Hamburg.
- Dörre, Klaus (2021):** Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin.
- Felbermayr, Gabriel (2021):** «Europa allein kann nicht so viel ausrichten». Gabriel Felbermayr im Gespräch mit Katharina Peetz, Deutschlandfunk, 11.2.2021, unter: [www.deutschlandfunk.de/neue-eu-sanktionen-gegen-russland-europa-allein-kann-nicht-100.html](http://www.deutschlandfunk.de/neue-eu-sanktionen-gegen-russland-europa-allein-kann-nicht-100.html).
- Fried, Erich (2000):** Gründe. Gedichte. Eine Auswahl aus dem Gesamtwerk, Berlin.
- Goldberg, Jörg (2023):** Weltordnung zwischen Globalisierung und Nationalstaaten, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 134, S. 18–27.
- Gorbatschow, Michail (1988):** Umgestaltung und neues Denken für unser Land und und für die ganze Welt, Berlin.
- Greiner, Bernd (2021):** Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben, München.

- Gröschl, Jasmin/Teti, Feodora (2021):** Die Auswirkungen der Russland-Sanktionen auf Unternehmen, in: ifo Schnelldienst 1/2021, S. 43–48, unter: [www.ifo.de/publikationen/2021/aufsatz-zeitschrift/die-auswirkungen-der-russland-sanktionen-auf-unternehmen](http://www.ifo.de/publikationen/2021/aufsatz-zeitschrift/die-auswirkungen-der-russland-sanktionen-auf-unternehmen).
- Haas, Richard/Kupchan, Charles (2023):** Den Frieden verhandeln. Kiews Sicherheit garantieren. Für einen Plan B im Ukrainekrieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2023, S. 74–82.
- Härtel, André (2023):** Wiederaufbau der Ukraine. Dimension, Status quo und innerukrainische Voraussetzungen, in: APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte 10–11/2023, S. 40–45, unter: [www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/krieg-in-der-ukraine-2023/518835/wiederaufbau-der-ukraine/](http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/krieg-in-der-ukraine-2023/518835/wiederaufbau-der-ukraine/).
- Haldeman, Henry Robins (1978):** The Ends of Power, New York.
- Hanusch, Frederic/Leggewie, Klaus/Meyer, Eric (2021):** Planetar denken. Ein Einstieg, Bielefeld.
- Hirn, Wolfgang (2020):** Shenzhen. Die Wirtschaft von morgen, Frankfurt a. M./New York.
- Holmes, Stephen/Krastev, Ivan (2019):** Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung, Berlin.
- Honecker, Erich ([1978] 1985):** Rede vor der 1. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen in New York am 25.5.1978, in: BPA (Hrsg.): Außenpolitische Korrespondenz 37/1985.
- Jones, William (2022):** Eis gebrochen, aber noch kein Tauwetter. Kommentar zum Treffen zwischen Xi Jinping und Joe Biden auf Bali, [german.chinatoday.com.cn](http://german.chinatoday.com.cn), 27.11.2022, unter: [http://german.chinatoday.com.cn/ch/leserfavoriten/202211/t20221128\\_800314678.html](http://german.chinatoday.com.cn/ch/leserfavoriten/202211/t20221128_800314678.html).
- Kaufmann, Stephan (2022a):** «Die Mutter aller Sanktionen». In einem Wirtschaftskrieg gegen Russland hätte der Westen die schwereren Waffen, [nd-aktuell.de](http://nd-aktuell.de), 4.2.2022, unter: [www.nd-aktuell.de/artikel/1161054.ukraine-konflikt-die-mutter-aller-sanktionen.html](http://www.nd-aktuell.de/artikel/1161054.ukraine-konflikt-die-mutter-aller-sanktionen.html).
- Kaufmann, Stephan (2022b):** Wie Russlands Schatz verschwand. Im Konflikt um die Ukraine demonstriert der Westen die Macht seines Finanzsystems – auch in Richtung China, [nd-aktuell.de](http://nd-aktuell.de), 4.3.2022, unter: [www.nd-aktuell.de/artikel/1161882.finanzsystem-des-westens-wie-russlands-schatz-verschwand.html](http://www.nd-aktuell.de/artikel/1161882.finanzsystem-des-westens-wie-russlands-schatz-verschwand.html).
- Kaufmann, Stephan (2022c):** Der Preis der Zeitenwende. Mit Wirtschaftssanktionen will der Westen Russland niederringen. Die Folgen sind weltweit zu spüren, [nd-aktuell.de](http://nd-aktuell.de), 29.7.2022, unter: [www.nd-aktuell.de/artikel/1165705.ukrainekrieg-der-preis-der-zeitenwende.html](http://www.nd-aktuell.de/artikel/1165705.ukrainekrieg-der-preis-der-zeitenwende.html).
- Kissinger, Henry (1956):** Force and Diplomacy in the Nuclear Age, in: Foreign Affairs 3/1956, S. 349–366.
- Kissinger, Henry (1959):** Kernwaffen und Auswärtige Politik, München.
- Kissinger, Henry (1981):** Memoiren. 3 Bde., München.
- Klare, Michael T. (2021):** USA vs. China: Stolpert die Welt in einen großen Krieg?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2021, S. 50–56.
- Klein, Dieter (2013):** Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg.
- Klein, Dieter (2019):** Zukunft oder Ende des Kapitalismus? Eine kritische Diskursanalyse in turbulenten Zeiten, Hamburg.
- Klein, Dieter (2022):** Regulation in einer solidarischen Gesellschaft. Wie eine sozial-ökologische Transformation funktionieren könnte, Hamburg.
- Krüger, Stephan (2019):** Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft und Weltpolitik. Der Aufstieg der Volksrepublik China, in: Sozialismus.de 7–8/2019, S. 7–13.
- Kundnani, Hans/Tilford, Simon (2020):** Das Ende der Dollar-Vorherrschaft. IPG Journal, 7.8.2020, unter: [www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/das-ende-der-dollar-vorherrschaft-4562/](http://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/das-ende-der-dollar-vorherrschaft-4562/).
- Lenin, Wladimir I. (1960):** Vorwort zu N. Bucharins Broschüre «Weltwirtschaft und Imperialismus», in: Werke, Bd. 22, S. 101–106.
- Lenin, Wladimir I. (1972):** Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: Werke, Bd. 21, S. 342–346.
- Lutz, Dieter S. (1986):** Sicherheitspartnerschaft und/oder Gemeinsame Sicherheit? Zur Entstehung und Entwicklung der Begriffe und ihrer Inhalte, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.): Gemeinsame Sicherheit. Bd. 1: Idee und Konzept, Baden-Baden, S. 29–44.
- Maaser, Lucas/Verlaan, Stephanie (2022):** Big Tech zieht in den Krieg. Einsichten in die wachsende Rolle US-amerikanischer und europäischer Technologiefirmen im Militärisch-Industriellen-Komplex (= Studien 4/2022 der Rosa-Luxemburg-Stiftung).
- Masala, Carlo (2022):** Weltunordnung. Die globalen Krisen und Illusionen des Westens, München.
- Messner, Dirk (2022):** Taumelnde Weltordnung. Die Zeitenwende und die globale Klimapolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 7, S. 59–70.
- Müller, Albrecht von (2022):** Strukturelle Stabilität für Europa, in: Nida-Rümelin, Julian/Kumm, Matthias/Vad, Erich/Müller, Albrecht von/Weidenfeld, Werner/Vollmer, Antje: Perspektiven nach dem Ukrainekrieg. Europa auf dem Weg zu einer neuen Friedensordnung?, Freiburg/Basel/Wien 2022, S. 83–98.
- Müller, Erwin (1986):** Gemeinsame Sicherheit: Profil eines Konzepts alternativer Sicherheitspolitik, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.): Gemeinsame Sicherheit. Bd. 1: Idee und Konzept, Baden-Baden, S. 159–196.

- Müller, Michael/Brandt, Peter/Braun, Reiner (2022):** Selbstvernichtung oder Gemeinsame Sicherheit? Unser Jahrzehnt der Extreme: Ukraine-Krieg und Klimakrise, Frankfurt a. M.
- Müller, Wolfgang (2023a):** Der Krieg um Zukunftstechnologien. Die US-Chip-Sanktionen gegen die Volksrepublik China, in: Sozialismus.de 1/2023, S. 22–26.
- Müller, Wolfgang (2023b):** Europa muss in der Chipindustrie aufholen – aber wie? Die globale Halbleiterindustrie, der Chipkrieg der USA gegen China und eine abgehängte EU, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Neelsen, John P. (2022):** Die «wertebasierte internationale Ordnung». Ein neoimperialistisches Hegemonialprojekt, in: Sozialismus.de 5/2022, S. 43–48.
- Neelsen, John P. (2020):** China und der Westen. Friedlicher Übergang zu einer multipolaren Weltordnung?, in: Sozialismus.de 3/2020, S. 23–27.
- Neuneck, Götz (2014):** Die neuen Hightech-Kriege, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2014, S. 35–45.
- Neuneck, Götz (2018a):** Nukleare Rüstungskontrolle vor dem Kollaps? Zusammenfassung eines Vortrags im Willy-Brandt-Kreis am 8. Juli 2018 und Kurzfassung eines eingeladenen Beitrags für die Zeitschrift Außen- und Sicherheitspolitik, Hamburg.
- Neuneck, Götz (2018b):** Neue Eskalation in Europa oder Chancen für Gemeinsame Sicherheit. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Paech, Norman (2021):** Völkerrechtsnihilismus mit Tradition. Bush, Obama, Trump und die langen Linien der US-amerikanischen Außenpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2021, S. 39–47.
- Palme-Kommission/Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit (1982):** Palme-Bericht, Berlin.
- Parkinson, Stuart/Cottrell, Linsey (2021):** Under the Radar: Europe's military sectors dodge scrutiny under European Green Deal. CEOPS/SGR/The Left. February.
- Parsons, Talcott (1969):** Das Problem des Strukturwandels: eine theoretische Skizze, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, Königstein/Ts, S. 35–54.
- Pfeiffer, Hermannus (2012):** Banken finanzieren die Atombombe, in: neues deutschland, 5.5.2012, dokumentiert unter: <http://ag-friedensforschung.de/themen/Atomwaffen/banken3.html>.
- Putin, Wladimir (2001):** Rede im Deutschen Bundestag am 25.9.2001, Wortprotokoll unter: [www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin\\_wort-244966](http://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966).
- Reißig, Rolf (2009):** Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden.
- Reißig, Rolf (2019):** Transformation von Gesellschaften. Eine vergleichende Betrachtung von Geschichte, Gegenwart und Zukunft, Marburg.
- Sablowski, Thomas (2023):** Von der amerikanisch-chinesischen Rivalität zur Deglobalisierung?, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 134, S. 65–78.
- Schmidt, Helmut (1978):** Rede vor der 1. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen in New York am 25.5.1978, in: BPA (Hrsg.): Stichworte zur Sicherheitspolitik, Bonn.
- Sen, Amartya (1999):** Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München/Wien.
- Statista (2023):** Die Länder mit den weltweit höchsten Militärausgaben im Jahr 2022 (in Milliarden US-Dollar), [statista.com](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/), 5.5.2023, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/>.
- Stiglitz, Joseph/Bilmes, Linda (2008):** Die wahren Kosten des Krieges. Wirtschaftliche und politische Folgen des Irak-Konflikts, München.
- Streeck, Wolfgang (2015a):** Wie wird der Kapitalismus enden?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2015, S. 99–111.
- Streeck, Wolfgang (2015b):** Wie wird der Kapitalismus enden?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2015, S. 109–120.
- Streeck, Wolfgang (2016):** How will capitalism end? Essays on a Failing System, London/New York.
- Streeck, Wolfgang (2019):** Der alltägliche Kommunismus. Eine neue Ökonomie für eine neue Linke, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2019, S. 93–105.
- Streeck, Wolfgang (2021):** Politische Ökonomie im ausgehenden Kapitalismus. Zwischen Globalisierung und Demokratie, Berlin.
- Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hrsg.) (2015):** Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien, Berlin.
- Vad, Erich (2022):** Gelernte Lektionen und strategische Perspektiven, in: Nida-Rümelin, Julian/Kumm, Matthias/Vad, Erich/Müller, Albrecht von/Weidenfeld, Werner/Vollmer, Antje: Perspektiven nach dem Ukrainekrieg. Europa auf dem Weg zu einer neuen Friedensordnung?, Freiburg/Basel/Wien, S. 63–82.
- Vercueil, Julien (2023):** Die Herausbildung des rentenbasierten Akkumulationsregimes in Russland, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 133, S. 38–52.
- Vitali, Stefania/Glatfelder, James B./Battiston, Stefano (2011):** The Network of Global Corporate Control, PloS one, unter: <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0025995>.

**Wagner, Jürgen (2022):** Im Rüstungswahn. Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung, Köln.

**Wallerstein, Immanuel/Randall, Collins/Mann, Michael/Derlugian, Georgi/Calhoun, Craig (2014):** Stirbt der Kapitalismus?, Frankfurt a. M./New York.

**Weber, Max (1988):** Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen.

**Weidenfeld, Werner (2022):** Der Kontinent der Fragezeichen: Europapolitische Aspekte, in: Nida-Rümelin, Julian/Kumm, Mattias/Vad, Erich/Müller, Albrecht von/Weidenfeld, Werner/Vollmer, Antje: Perspektiven nach dem Ukrainekrieg. Europa auf dem Weg zu einer neuen Friedensordnung?, Freiburg/Basel/Wien, S. 99–110.

**Wright, Erik Olin (2017):** Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus, Berlin.